

Der 'Freie' erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Zustellung ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßenschild 2,- M. 'Freie' ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Inserate werden die achteigentliche Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Wochenzeitschriften halbes Preises, bei 20 St. jedes weitere Wort 20 Pf. Erzeugnisse für 70 Pf. Bei Familien- u. Vereinsanzeigen 10 Pf. der Zeile. Insetts für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9709.

STREIFER

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gewalt statt Versöhnung.

Oberschlesiens Verderber.

Regierungssoldaten als Streifbrecher.

Nach einer uns zugegangenen Meldung dauerte der Generalstreik auch am Sonnabend noch an. Die Lichtwerke hat Herr Göring durch Militär wieder in Gang setzen lassen, den Arbeitern wurden Arbeitsbefehle zugesandt. Seine Pressstelle meldet ferner:

Kattowitz, 16. August.

Seit Sonnabend mittag 9 Uhr sind die Oberschlesischen Licht- und Kraftwerke Kattowitz und Jabrze wieder in Betrieb. Der Streik geht indessen nach wie vor. Die Lichtwerke werden von Genietruppen bedient. Es ist jedoch begründete Aussicht vorhanden, daß der Streik als solcher selbst in kürzester Zeit beendet sein wird und daß die Regierung in die Lage versetzt wird, die Truppen von den Lichtwerken zurückzuführen.

Auch in dem Zustand auf den Bergwerks- und Hüttenbetrieben, der augenblicklich fast unverändert noch weitergeht, macht sich bei der Arbeiterschaft mehr und mehr besonnene Einsicht geltend. Mehr wie sonst tritt bei diesem Zustand das Moment der höchsten parteipolitischen Verheerung klar zutage. Die Regierungen sind die Seele dieser, die gesamte deutsche Volkswirtschaft so schwer schädigenden, direkt tödlichen Bewegung. Schwärzen nach Gerüchten, daß der Streik darum weitergehe, weil unüberwindliche Dächer die Reinigung auszustreichen wüßten, die Regierung beabsichtigt, die unerschöpfliche Arbeitskraft und eine erhebliche Vorkapitalreduzierung einzuführen. Das wäre der wahre Streikgrund der Massen, die durchaus nicht sich mit den sogenannten Streikforderungen identifizieren. Es kann nur aussich versichert werden, daß das eine große parteipolitische Verheerung ist. Die Regierung denkt nicht daran, an dem Acht-Stundentag zu rütteln, wie sie auch nicht daran denkt, die Kräfte der Arbeiterschaft zu beschneiden. Allerdings liegt es auch an der Arbeiterschaft, energig Front zu machen gegen diese Art von Verheerung, die nachgerade zur Katastrophe für unser gesamtes Wirtschaftsleben anzunehmen beginnt.

Zu welchen traurigen Folgen die Verheerung der Massen führt, zeigt wieder ein Beispielsfall in Kattowitz, wo bei der Lohnzahlung auf Wloclawer Straße eben infolge dieser parteipolitischen Verheerung es zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Streikenden kam, wobei leider vier Tote und vier Verwundete zu beklagen sind. Der tief bedauerliche Vorfall wird eingehend untersucht, und die Schuldigen, mögen sie auch sein, wer sie wollen, werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Möge in feister Stunde die Bevölkerung zur Besinnung kommen, Ruhe und Ordnung wieder in dem Industriebezirk einführen.

Dieser Bericht trägt den Stempel der Verlogenheit an sich. Wenn darin von einem Moment der höchsten parteipolitischen Verheerung geredet wird, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß der Streik einmütig von der ganzen ober-schlesischen Arbeiterschaft durchgeführt wird. Das Arbeitszwangs, den Herr Göring ohne jede gesetzliche Grundlage gegen die Arbeiter angeordnet hat, zudem muß daran erinnert werden, daß es schon seit Wochen wieder den Kommunisten noch den unabhängigen Sozialdemokraten möglich ist, Versammlungen abzuhalten. Die ganze Presse dieser beiden Parteien ist unterdrückt. Auf welche Weise soll also die 'parteiliche Seite' zustande gekommen sein?

An Wirklichkeit sind die Gründe für den Streik ganz anders zu suchen. Der Zustand ist eine Frucht der von Göring betriebenen Gewaltpolitik. Auch die jetzigen Maßnahmen werden keine dauernde Beruhigung schaffen, sondern im Gegenteil die Erbitterung noch verstärken. Wir haben das schon wiederholt hervorgehoben und wir müssen jetzt ernstlich an die Regierung die Forderung stellen, Ober-schlesiens bezeichnen kann, abzuberufen und eine andere Politik den ober-schlesischen Arbeitern gegenüber einzuschlagen. Die Verurteilung auf die Gewerkschaftsführer, die mit dem Verhalten Görings einverstanden sind, ist verfehlt. Die Gewerkschaften haben sich durch das Verhalten ihrer Beauftragten jeden Einfluß auf die ober-schlesischen Arbeiter begeben, was im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu bedauern ist. Aber mit Drohungen gegen die Arbeiter schafft man jetzt nichts; auch damit wird man keinen dauernden Frieden herstellen, daß man den Zustand in Oberschlesien als einen wilden Streik bezeichnet. Wer in der letzten Stunde Oberschlesien für Deutschland retten will, der muß verlangen, daß dort sofort

eine Politik der Versöhnung beginnt. Dazu gehört die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entlassung der politischen Gefangenen, die Zurückziehung des Militärs aus dem Industriebezirk, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, die Befriedigung der kulturellen Forderungen der polnischen Mehrheit des Bezirks. Läßt die Regierung Herrn Göring und seine Helfershelfer weiter in Oberschlesien wüten, so geht Oberschlesien unrettbar für Deutschland verloren.

Zur Volksabstimmung in Oberschlesien.

Auf einer in Hindenburg abgehaltenen Konferenz der Funktionäre der U. S. D. Oberschlesiens wurde eine politische Kommission eingesetzt, die alle Verhandlungen mit den Behörden im Auftrag der U. S. D. zu führen hat, insbesondere was die Stellungnahme zur Volksabstimmung u. v. m. anbelangt. Die Kommission besteht aus Rechtsanwalt Max Völkstein (Hindenburg), Stadtrat Gerhard Speck (Kattowitz), Tischler Josef Eidner (Wismarschütte) und Geschäftsführer Heinrich Rau (Wieliczka).

Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland möglich?

Auf den Offenen Brief des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen an den Reichspräsidenten Ebert hat dieser geantwortet, daß er den Brief, dessen Worte in dringlicher und unmittelbarer Weise das elementare Recht der Angehörigen auf die Wiedererlangung ihrer unarmherzig zurückgehaltenen Lieben zum Ausdruck bringen, durch Funkpruch aller Welt, der Entente und den neutralen Regierungen zur Kenntnis geben werde.

Bei dieser Gelegenheit wüßten wir die Regierung darauf aufmerksam machen, daß durch die Niederlage Rußlands Gebiete in den Reichsbezirk der Sowjetregierung gelangt sind, in denen sich bisher ein erheblicher Teil der deutschen Kriegsgefangenen befindet. Wir, die wir immer die Auflösung vertreten haben, daß die deutsche Republik alles tun müsse, um zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetrepublik zu gelangen, fordern deshalb erneut, daß jetzt diese Möglichkeit, einen Teil der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland in die Heimat zurückzuführen zu lassen, mit allen Mitteln betrieben wird. Es darf kein Weg unbenutzt bleiben, um dieses Ziel zu erreichen, bei dessen Beabsichtigung natürlich auf die tatsächliche Möglichkeit der Sowjetrepublik zu rechnen ist.

Ein französisches Kriegsgerichtsurteil.

H. N. Haag, 16. August.

Aus Paris wird gemeldet: Vor einem Monat haben die Sozialisten das Ministerium wegen der Maßnahmen interpelliert, die die Regierung gegen die der Meuterei beschuldigten Matrosen der Schwarze-Meer-Flotte zu treffen beabsichtigt. Der Marineminister hat damals in unbestimmter Form geantwortet, ohne genau mitzuteilen, welche Stellung die Regierung einzunehmen gedenke. Die 'Humanität' teilt jetzt mit, daß diese Matrosen jetzt vor dem Kriegsgericht in Vrest zu erscheinen hatten und daß der Hauptbeschuldigte zu neun Monaten Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Wir haben für den französischen Militarismus ebenso wenig übrig, wie für den alten oder den neuen deutschen Militarismus. Immerhin aber nicht dieses französische Urteil wüßten wir ab von den Urteilen, die in Deutschland selbst noch nach der Revolution gegen Soldaten gefällt worden sind, die der Meuterei beschuldigt waren. Man denke an die Schredensurteile, die während des Krieges gegen eine Anzahl Matrosen gefällt worden sind, weil sie gemeutert haben sollten. Man erinnere sich aber auch an die Todesurteile, die erst vor wenigen Wochen von dem Koninkeren Kriegsgericht gegen acht deutsche Soldaten gefällt worden sind. Demgegenüber erscheint die Strafkammer von neun Monaten in diesem französischen Urteil fast als harmlos.

Die Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft.

Von Prof. Dr. C. Ballob.

Die Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft sind außerordentlich groß und mannigfaltig: es handelt sich nicht bloß darum, die Produktion zu alter Höhe zu bringen, nachdem sie im Kriege infolge Mangels an Dünger und Anspann um etwa ein Drittel herabgegangen ist, sondern die Aufgabe ist viel größer und umfassender: wir müssen uns infolge des Ententefriedens zum Teil auf die Bedarfsdeckungswirtschaft einrichten, wir müssen alles daran setzen, um nicht nur unseren Bedarf an Nahrungsmitteln, sondern auch unseren Bedarf an Textilrohstoffen so weit möglich im eigenen Lande zu decken.

Eine so ungeheure Nahrungsmittel- und Rohstoff-einfuhr, wie wir sie vor dem Kriege hatten, kommt nicht wieder, weil uns einfach die Mittel fehlen werden, die frühere Einfuhr zu kaufen. Unseren Export an Rohstoffen werden wir ganz überwiegend dazu brauchen müssen, um der Entente die Kriegskontribution zu bezahlen. Auch ist uns so die Wiederanknüpfung der alten weltwirtschaftlichen Beziehungen außerordentlich erschwert: fremde Staaten, Japan, Amerika, z. T. auch England, haben sich unserer Textilien-Abnahmärkte bemächtigt, z. T. auch haben Einfuhrgebiete wie Brasilien, sich während des Krieges eine Textilindustrie geschaffen, die fast vollständig ihren Bedarf deckt. Unser Eisen- und Maschineneport war zum guten Teil Kapitalexport, diente zum Bau von Eisenbahnen, Gasanlagen usw. in fremden Ländern. Heute haben wir nicht mehr die Mittel, fremde Länder zu finanzieren.

Es fragt sich nun, ob eine bedeutende Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion auf dem uns verbleibenden Gebiet von knapp 440 000 Quadratkilometern möglich ist, zumal wir ja künftig eine relativ noch dichtere Bevölkerung zu ernähren haben werden, 130 auf 1 Quadratkilometer gegen 120 auf dem bisherigen Gebiet des Deutschen Reiches. Auf eine Zufuhr aus den von uns für Polen abzutrennenden Gebietsstreifen dürfen wir in der Zukunft nicht mehr rechnen, denn Rußisch-Polen war selbst ein dicht bevölkertes Gebiet, das der Nahrungsmittelzufuhr aus Rußland bedurfte und dafür Textilien nach Rußland ausführte. Das künftige Polen wird aber, falls Oberschlesien verloren gehen sollte, erst recht zum Industriestaat, der die landwirtschaftlichen Ueberflüsse von Westpreußen und Posen selbst verbrauchen wird.

Die Möglichkeit einer Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erträge ist von allen Landwirtschaftstheoretikern und Praktikern betont worden, von den Praktikern zumeist mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit höherer Getreidepreise. Die Getreidepreise sind durch die Schutzzölle erhöht — der Erfolg war, daß in erster Linie die Güterpreise in die Höhe gegangen sind. Bewiß ist auch eine erhebliche Ertragssteigerung einsetzenden, aber doch nicht bis zur vollen Bedarfsdeckung, vielmehr führte das Deutsche Reich vor dem Kriege rund 10 Millionen Tonnen an Getreide und dem Getreide gleichwertigen Futtermitteln ein (Weizen, Dinkel, Roggen, Gerste), dazu noch soviel Vieh, Schmalz und Fleisch, daß zu deren Produktion 3-3 1/2 Millionen Tonnen Getreide nötig gewesen wären. Die tatsächliche Eigenproduktion betrug 26-27 Millionen Tonnen Getreide (abzüglich Ausfuhr), von welchem Betrage aber noch 8 Mill. Tonnen Hafer als Futter für Spannvieh abzugeben sind. Man kann also sagen, daß wir vor dem Kriege unseren für Menschen und Nutztiere erforderlichen Getreidebedarf nur zu 60 Prozent selbst erzeugt, 40 Prozent eingeführt haben. Rechnet man freilich die gesamte Nahrungsmittelherzeugung in Nährwerte um, zieht die Kartoffel-, Zuckerrüben-, Genproduktion für die Rechnung heran, so ergibt es sich, daß wir etwa rund 75 Prozent — drei Viertel der für die Ernährung des deutschen Volkes nötigen Nahrungsmittel selbst produziert, ein Viertel eingeführt haben. Mit anderen Worten: Ein Viertel unserer Bevölkerung, 17 Millionen Menschen waren vor dem Kriege gleichsam auf fremdem Grund und Boden angesiedelt. Daher die furchtbaren Entbehrungen im Kriege als wir von der fremden Nahrungszufuhr im wesentlichen abgeschnitten waren und die Eigenrenten mangels des fremden Chilisalpeters und der fremden Phosphorsäure sanken.

Wenn wir den Durchschnitt unserer Getreideernten vergleichen mit den tatsächlichen, auf den besseren Landwirtschaftserträgen, so werden wir sagen können, daß die heutigen Ernten sich noch, netto (abzüglich Ausfall) gerechnet, rund verdoppeln lassen müßten, und zwar unter wirtschaftlich vorteilhaften Bedingungen, d. h. ohne Steigerung der Produktionskosten für die zusätzlichen Erträge. Was gehört aber dazu? Dazu gehört in erster Linie eine tiefere und gründlichere Bodenbearbeitung, als wir sie heute bei den Durchschnittsländwirten finden, dazu gehört weiser sorgfältige Auslese des Saatgutes, Anwendung von „Originalsaat“, d. h. Saatgut besonderer hochgezüchteter Getreidevarietäten, endlich Beachten des Unkrautes und starke Düngung, insbesondere auch Anwendung von erheblichen Mengen an Stickstoffdünger, um besten Chilekaltpreier als Spülung. Es darf aber auch ein Zulauf an Phosphorsäure und an Kali nicht fehlen. Der Stalldünger reicht an sich nicht aus, um hohe und höchste Ernten zu erzielen.

Von großem Belang ist auch die künstliche Bewässerung oder Beregnung, denn auch in Deutschland fällt der Regen durchschnittlich immer dann, wenn die Pflanzen ihn am dringendsten brauchen, selbst in regnerischen Jahren, wie 1913, hat sich die künstliche Beregnung auf den Versuchsfeldern bei Bromberg auf beachtliche gemacht. Alle diese Bedingungen für die Verdoppelung der Ernteerträge, die uns aus allen Schwerkriegszeiten reißend würde — schon eine Steigerung der Ernten um 50 Prozent würde Deutschland zum weithinbesten Lande der Erde machen — fehlen bei dem Durchschnittsländwirt! Denn dazu gehören ein bedeutendes landwirtschaftliches Wissen, außerdem Intelligenz, eine große Sorgfalt und endlich Kapital und übermüßiges Kapital! Am wenigsten sind die Bedingungen für eine Ernte- und Ertragssteigerung beim kleinen Landwirt vorhanden: der kleine Landwirt verfügte zwar vor dem Kriege über eine relativ größere Menge Stallmist, weil er seinen, pro Fläche gerechnet, größeren Viehstand zum erheblichen Teil mit fremdem, hinzugekauften Futter versah — aber in der Anwendung des Kunstdüngers ist ihm doch der große Landwirt so sehr über, daß die durchschnittlichen Getreideernten, wie das die preussischen statistischen Erhebungen zeigen, in den Gutshöfen um etwa 15 Prozent höher sind als in den Gemeindefeldern. Das in der Nationalversammlung beschlossene Kleinbesitzergesetz wird daher sicher einen Abgang der Produktivität und eine weitere Erhöhung der Nahrungsmittelverwertung des deutschen Volkes bewirken! Ganz abgesehen von den ungeheuren Kosten à fonds perdu: kostet die Gewinnung einer jeden neuen Kleinbauernstelle 30 000 oder vielleicht gar, bei den heutigen hohen Unkosten für Neubauten, 50 000 M., so haben wir zu unseren sonstigen ungeheuren Ausgaben noch mit einem Opfer von 12—20 Millionen M. für die 400 000 neu anzulegenden Bauernstellen zu rechnen, die doch nur 4 bis 5 Prozent aller Kriegsteilnehmer die so gerühmte Sicherheit der Erträge bieten können, auf Kosten der übrigen Kriegsteilnehmer! Und dazu noch eine Senkung der Erträge, also eine weitere Verschlechterung der Lage der übrigen Kriegsteilnehmer mit in den Kauf genommen werden!

Die Kleinbesitzbestrebungen hatten noch einen Sinn, solange die Anexionen erwarteten konnten, im Osten ungeheure Flächen auf Kosten fremder Bevölkerungen mit deutschen Kriegsteilnehmern besiedeln, also deutsche Kolonisation größten Stils treiben zu können mit Hilfe einer großen, von den Feinden aufzubringenden Kriegskontribution. Unter den heutigen Verhältnissen kann man die Besserung aller unserer bürgerlichen Nationalökonomie für die kleine Kolonisation nur bedauern — sie kostet zwar Droptellen, aber nur für einen kleinen Teil der Kriegsteilnehmer, hängt dafür den anderen den Strockoff um so höher! Mit Recht hat der böhmische Zentrumsdogmatische Heim das Siedelungsgesetz ein konservatives Gesetz genannt. Würde man die gemachten Summen, die die innere Kolonisation erfordern wird, für die Gründung von Muster-Großbetrieben verwenden und unsere gekannten landwirtschaftlichen Großbetriebe (es verbleiben uns ihrer noch etwa rund 17 000 mit etwa über 5 Mill. Hektar landwirtschaftlicher Fläche) nach modernsten Grundrissen und mit modernsten Mitteln, mit den besten Maschinen, bewirtschaften, so könnte man, wenn man selbst nur auf diesen Großbetrieben die Ernteerträge verdoppelt, dazu das Spanndieh, das uns ein Drittel des deutschen Getreidebedarfes und die Hälfte der deutschen Viehlieferung wegrührt, durch Maschinen erschie, in zwei bis drei Jahren Deutschland von allen Nahrungsfragen befreien! Die Unkosten für eine derartige Umstellung der Großbetriebe würden allerdings auch kaum geringer sein als die für die Anlegung von 400 000 Kleinbesitzern, aber das wäre dann eine hochproduktive Anlage, während die Schaffung von 400 000 neuen für die deutsche Nahrungsmittelversorgung unnötigen Bauernhöfe das deutsche Volk bloß schwer belastet.

Auch aus Ost- und Usland, insbesondere den Mooren, dem besseren Waldlande lassen sich vielleicht noch 2 Mill. Hektar Großbetriebe gewinnen. Aber unsere Volksboten haben zu über 90 Prozent keine Ahnung von rationaler moderner Landwirtschaft. Wie hätte sonst der schon erwähnte Heim unter großem Beifall ausrufen können, in der Landwirtschaft müsse der Klein- und Handbetrieb erhalten bleiben, „denn“ es gebe doch keine Weltmaschinen! Ein jeder Jahrgang einer beliebigen Landwirtschaftszeitung hätte ihn darüber ausklären können, daß es solche gibt, und daß sie durchaus rational arbeiten, mindestens ein Drittel der Handarbeit des Fleckens sparen, dazu gerade die schwere Arbeit!

Man könnte fragen, lassen sich denn die Maschinen, selbst für die Kunstdünger ist einer verhältnismäßig kurzen Zeit für eine erhebliche Ertragssteigerung bereits im nächsten Jahre beschaffen? Diese Frage kann bejaht werden: unsere Glasfabrikationsfabriken sind bereits für eine Jahresproduktion von 2,2 Millionen Tonnen Stickstoffdünger eingerichtet, das reicht aus für eine Mehrproduktion von 2,2 : 3/4 = 7,7 oder rund 8 Millionen Tonnen Getreide und „Getreidewert“ (einer Tonne Getreide entsprechend an Nährwert etwa 3/4 Tonnen Kartoffeln). Kommt nun noch eine Ersparnis von, sei es auch nur ein Drittel des heutigen Spanndiebstandes durch Beschaffung von 10—15 000 Motorpflügen und der vierfachen Menge von Motorlaschagen, ferner, die unsere Maschinenfabriken unter Einziehung der

gestellten Werke (die heute wiederum sich zu Maschinenfabriken umwandeln könnten) bequem in Jahresfrist leisten könnten, so können wir mit großer Wahrscheinlichkeit sagen, daß theoretisch-technisch bereits zum Herbst 1920 dem deutschen Volke die Vorkriegslebenshaltung geboten werden könnte.

Wird dies aber in der rauhen Wirklichkeit der Fall sein? Solange wir eine Regierung haben, die in Feindschaft gegen alle Sozialisierungsbestrebungen verharret, die keine größere Seligkeit kennt, als den Unternehmern die begehrte „freie Wirtschaft“ wieder zuzukommen, kann auch die deutsche landwirtschaftliche Produktion sich unmöglich zu voller Höhe entfalten: die Maschinenfabriken halten die Maschinenpreise, die Düngerverke die Düngerverpreise viel zu hoch, als daß der Landwirt in größerem Umfange seine Wirtschaft rationalisieren könnte. Wozu soll sich auch der Landwirt anstrengen, mehr zu produzieren, wenn er weiß, daß die niedrige Produktion ihm mehr einbringt als eine hohe?

Somit müssen wir das kommende Wirtschaftsjahr mit einem Mindest-Einheitsbedarf von 5 bis 6, vielleicht bis zu 8 bis 10 Millionen Tonnen Getreide rechnen, für das uns Amerika rund ebensoviele Millionen deutsche Papiermark abnehmen wird — d. h., es wird die Bezahlung in Gold fordern, das wir gar nicht in entsprechender Höhe haben.

Wir werden daher im kommenden Wirtschaftsjahr sowohl als auch später unter allen Umständen mit großen Ernährungschwierigkeiten zu rechnen haben, über die uns unsere jetzige Regierung nicht hinweghelfen wird. Eine entscheidende Wendung zum Besseren könnte nur eine zielbewusste Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe herbeiführen.

Die fruchtbare Einigung.

Von Jean Longuet.

Auf das Geschehen unserer Delegierten in Luzern hat Genosse Longuet, einer der Führer der französischen Arbeiterschaft, die Hand in Deutschland mit unserer Partei an der Konferenz vordringend, folgende Aufsätze an uns gerichtet, die den Geist der Annäherung zwischen uns und den französischen und englischen Genossen kennzeichnen. Longuet spricht zwar von der Sozialdemokratie Deutschlands, hat aber, was zur Vermeidung von Irrtümern bemerkt sei, die Unabhängigkeit Sozialdemokratie im Auge.

Die Konferenz von Luzern bietet zweifellos gegenüber der Konferenz von Bern einen bemerkenswerten Fortschritt dar, der sich sehr stark in einer großen politischen Tatsache äußert: in der voll entwickelten Verständigung zwischen der sozialistischen Partei Frankreichs, die in ihrer Überlegenheit durch ihre härtesten und freitragsten Elemente vertreten war, und der Sozialdemokratie Deutschlands, deren Haltung während des Krieges mir so sehr bewundert haben, und die das Beste im deutschen Sozialismus vertritt. Das ist eine große historische Tatsache in der Entwicklung des Proletariats, die auch fruchtbare Folgen haben wird.

In Bern hatte man eure gerechten Empfindungen gegen eure Reichthümer geküßt annehmen können, um irgendeine unnatürliche Annäherung zwischen Euch und denen zu erzielen, die während des Krieges die politischen Befähigungsgenossen eines Scheidemann und eines David gewesen sind. Unter so schmerzlichen Umständen Genosse Kurt Eisner hätte sich so dazu verstehen lassen, mit Renaudel gemeinsam zu arbeiten — um die Renaudel jenseits des Rheines zu verdammen! Diesmal haben eure Delegierten ein Differendum und Erläuterung verstanden, daß das eine unmögliche Situation war.

Nach natürlicher Annäherung einigten wir unsere Kräfte auf eine gemeinsame Erklärung. Unsere Genossen aus England, die, wie MacDonald — mit Abweichungen rein britischen Charakters — jenseits des Kanals dieselbe Politik treiben wie wir, brachten uns eine wertvolle Zustimmung.

So vollzieht sich nach fünf Jahren eines schmerzlichen Wutabes, das Europa und die Welt vernichtet hat, im Schoße des Proletariats der drei großen Nationen West- und Zentraleuropas die Einigung der gestandenen und energiegelassen Elemente, zu gleicher Zeit, wo uns durch den Mund unseres Fremdes Friedrich Adler die wertvolle Mitarbeit des österreichischen Proletariats zugesagt wurde.

Es wird genügen, daß unsere Freunde in Italien, in der Schweiz und vor allem in Rußland die unerschütterliche und unheilvolle Wunderrung aufgeben und den Platz an unserer Seite, den sie niemals hätten verlassen sollen, wieder einnehmen, damit wir die Internationalen auf festen revolutionären Grundlagen wieder aufrichten können, wie es heute dringender als je die großen historischen Aufgaben, die ihrer Zeit barren, erfordern.

Die Beratung der Wochenhilfe.

Der Ausschuss für Sozialpolitik beriet am Sonntagabend den Antikommunisten der Sozialdemokratie und des Zentrum über die Wochenhilfe und Arbeitsfrage. In dem vorliegenden Gesetzentwurf sollten alle die, während des Krieges erlassenen Verordnungen in der Wochenhilfe festgehalten und weiteren Verbesserungen für die Dauer gesetzlich festgelegt werden. Die Wochenhilfe sollte gewährt werden: 60 Mark Entbindungsgeld, Wochenlohn in Höhe des Krankegeldes für die Dauer von acht Wochen, 10 Mark für Hebammenbesuche, Säuglingspflege, bezilligte Behandlung, Stillsitzen 12 Wochen lang, eine Verabreichung der notwendigen Medikamente in besonderen Fällen ist zulässig. Auch versicherungspflichtige Familienmitglieder der Versicherten sollen die vorbezeichneten Leistungen erhalten. In dem zur Reichsversicherungsanstalt gestellten Antrag auf Einziehung eines 1000 B soll den Krankenlosen das Recht eingeräumt werden, die Krankenpflege an versicherungsfreie Angehörige der Versicherten, wie auch Stillsitzen für sechs zu gewähren. Weitere Bestimmungen zugunsten der Landarbeiter und deren Angehörige sowie für minderbemittelte Ehefrauen wurden bekräftigt. Die Leistungen der Kassen sollen vom Reich erhalten werden, wenn die Ausgaben dem Versicherungsamt nachgewiesen werden. Dazu lag ein Antrag vor, der dem Reich das Recht gibt, die Beitragszahlungen von Arbeiterinnen von nacheinander 10 bis 20 vom Kindesalter zurückzuführen. Der Reichstag soll über die in der Reichsregierung bei der Zusammen-

kunft, sondern lebhafteste Auseinandersetzungen unter dem Vorsitz von Schlichter wurde der Initiativantrag mit dem Titel: „Zugung angenommen.“

Der britische Imperialismus erntet.

London, 16. August.

Neuer meldet: Nach Verhandlungen, die neun Monate andauerten, ist zwischen der persischen Regierung und Großbritannien ein Abkommen geschlossen worden, das England in die Lage setzt, Persien die Unterstützung und den Rat von Sachverständigen zuzuführen, wozu die Wiederaufbau des persischen Staates ermöglicht wird. Das britische Parlament hat sich bereit erklärt, der persischen Regierung einen Zuschuß von zwei Millionen Pfund Sterling zu gewähren, der durch die persische Fülle sichergestellt werden soll. Das Gesamtresultat der Verhandlungen bedeutet nicht, daß Persien in irgend einer Hinsicht in ein deutsches Protektorat umgewandelt wird, sondern daß damit der Autonomiepersien und dem eifersüchtigen Wettbewerb ein Ende bereitet worden ist.

Amsterdam, 16. August.

Paul Trethmann hat in im Verlage zwischen Großbritannien und Persien u. a. festgestellt, daß England auf Seiten Persiens Verwaltungsbeamte und Offiziere nach Persien entsenden wird, die das Persische Reich neu organisieren sollen. Die erste Anzahlung auf die an Persien zu leistende Summe von zwei Millionen Pfund Sterling erfolgt, sobald der britische Finanzsachverständige für Persien sein Amt antritt übernommen hat.

Der letzte Satz der ersten Meldung wird natürlich nirgends ernst genommen werden. Dem Namen noch bleibt die Selbständigkeit Persiens erhalten, in Wirklichkeit ist aber das Land jetzt nichts weiter mehr, als ein Ausbeutungsobjekt des englischen Imperialismus. Mit diesem „Abkommen“ hat der britische Imperialismus ein Ziel erreicht, dessen Gewinnung ihm vor dem Kriege wie ein Märchen erschienen wäre. Jahrzehntelang bildete Persien das Aufmarsch- und zugleich Trennungsgelände zwischen England und Rußland. Der russische Ausbeutungsdrang strebte im vorderen Asien nach dem Süden und ließ hier auf den durch die Besorgnisse um Indien hervorgerufenen englischen Widerstand. Wiederholt hat es in den letzten Jahrzehnten als ob nur eine kriegerische Lösung die russisch-englischen Interessensgegenstände in Persien beseitigen konnte. Es kam aber schließlich zu einer Einigung zwischen England und Rußland und zu der Aufteilung Persiens in Interessengebiete, wobei sich England den für seine Expansivität wichtigsten reicherlichen südlichen Teil behielt. Jetzt hat England in Persien seinen Gegner mehr zu fürchten; es zielt die Holzgerung aus dem Ergebnis des Weltkrieges. Der russische Ausbeutungsdrang ist beseitigt, die deutsche Weltmacht, die nach dem Innern Asiens zielt, und nach den Hoffnungen der Alldeutschen Englands Weltstellung in Asien bedrohen sollte, ist ein Traum der Vergangenheit. Der britische Imperialismus führt die Ernte eines Sieges in die Schürer.

Mit der Beherrschung Persiens ist der Randweg von Indien nach Ägypten sichergestellt. Was noch an Zwischenstufen fehlt, ist bereits als englische Interessensphäre anerkannt. Palästina, der neue Indienstaat, ist nichts weiter als ein Vorgelände zu Ägypten; die arabischen Reiche, die bereits geschaffen sind oder noch geschaffen werden sollen, beugen sich willig der britischen Oberhoheit. Der indische britische Weg findet seine Fortsetzung in Afrika in der Verbindung zwischen Kairo und dem Kap. Alles das vollzieht sich jetzt im Stillen. Der britische Imperialismus vertritt sich in Vorderasien und Afrika seine Pläne, ebendort gegenüber auf ernstlichen Widerstand zu stoßen. Was noch vor fünf Jahren als der Beginn einer ungeheuren wirtschaftlichen Perlektion erschienen wäre, vollzieht sich jetzt wie eine Selbstverständlichkeit.

Die rheinischen Abtrennungsbestrebungen.

Am Freitag brachte der „Vorwärts“ eine Meldung von „Agence Havas“, daß die Unabhängigen Sozialisten in Köln mit Dr. Doring in Vorberhandlungen eingetreten seien und daß die Doringen zur Abtrennung des Rheinlandes sich infolge des von konfessionellen Gesichtspunkten frei machen wird. Neuerdings meldet auch die Norddeutsche Hoffmann aus München, daß in der Pfalz die Bestrebungen zur Angliederung an Frankreich im Bunde mit Deuten von der U. S. R. betrieben werden.

Alle können im Augenblick diese Nachrichten nicht nachprüfen, halten aber ihnen gegenüber die allergrößte Vorsicht für geboten. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat sich erst jetzt nach dem Austritt des kapitalistischen und konfessionellen Separatismus im Rheinland energisch gegen diese Bestrebungen Stellung genommen. Ihre Anhänger in den betroffenen Gebieten haben bisher dauernd gegen den Separatismus angekämpft und es ist höchst unwahrscheinlich, daß sich in dieser Stellung eine Wandlung vollziehen haben sollte, die die Partei schwer beschädigt werden würde.

Worauf Herr Otto Braun Wert legt.

Der Berichterstatter der „Deutschen Tageszeitung“ meldet seinem Blatt aus Weimar über den Landwirtschaftsminister Otto Braun:

Mit Bezug darauf, daß ich in meinem Bericht über die Donnerstag-Sitzung in Ruffengemeinschaft mit seinem Reichstagskollegen Dr. Braun-Franken gestellt habe, teilte mir der Herr Landwirtschaftsminister mit, daß es sich bei dem Bericht über die Reichstags-Sitzung nicht um die Reichstags-Sitzung der Reichstags-Sitzung handelt.

Wie können den Schmerz des Herrn Otto Braun über die ihm angelegte ungeheure Schmach vollkommen verstehen? Was aber werden die nichtsozialistischen Parteigenossen des Herrn Otto Braun zu dieser Bestimmung sagen?

Die Schiedungen des Landrats.

Der Arbeiterrat in Weimar in Sommer erbat die früheren Landrat von Weimar u. a. dabei, wie er gegen die Forderungen des Reichstags sich verhalten würde. Nachdem der Wert des Angebots 500 M. überstieg und die Einlage nach dem Gesetz mindestens die dreifache Höhe des Wertes betragen soll, wurde Herr O. Braun von dem Reichsgericht Kammin zu einer Geldstrafe von 1000 M. verurteilt. Wenn es wurde der Verwaltungsdirektor der Eisen- und Wolken im Jahre von über 2000 M. verurteilt, so nur 500 M. Geldstrafe verurteilt. Man sieht wieder einmal, daß die Gerichte der Deutschen Volksepoche noch eine wertvolle Hilfe zu gebrauchen müssen, wenn es sich um die

Das Schmelzen der Schuldigen.

Neues zur Konterrevolutionären Aufrüstung.

Die Regierung und ihre dienstbeflissenen Presseorgane haben noch unseren Veröffentlichungen über das Treiben der konterrevolutionären Offizierskamarilla in Aurland die gleiche Besorgnis. Sinter diesem Schmelzen verdirbt sich die unendliche Unfähigkeit der Regierung, gegen die dunklen Mächte der mit den zaristischen Reaktionen verbundenen deutschen Offiziere energische Schritte zu ergreifen. Die Werbebureau's setzen in Deutschland unterdessen ihr hochverräterisches Treiben munter fort. Sie haben einen Einspruch der republikanischen Nationen-Organisation nicht zu befürchten.

Wie das Organ der schlesischen Rechtssozialisten, die Breslauer „Volksmacht“, mitteilt, werden auch in Schlesien Werbungen für die Armee Kottischak vorgenommen. Deutsche Offiziere, die für den Menschenhandel im Interesse der Wiederherstellung des zaristischen Regimes bezahlt werden, verlocken auch dort deutsche Soldaten zum Uebertritt in die russische Armee. Nach der „Volksmacht“ haben diese Offiziere offen ausgesprochen, daß sie die dem Oberkommando Nord unterstellten Panzertruppen unter dem Vorwande, spartakistische Unruhen zu unterdrücken, mobil machen und der russischen Armee zur Verfügung stellen wollen. Das Breslauer Blatt nennt dieses Treiben hochverräterisch und fordert ein sofortiges Eingreifen der Regierung.

Der von dem Politischen Bureau aus Mitau gemeldete Aufbruch stellt sich als ein durchsichtiges Manöver dar. Es handelt sich dabei um nichts weiter als um eine Umgruppierung der Streikkräfte. Wir können auf Grund zuverlässiger Informationen mitteilen, daß z. B. die Brigade 2340 sich nur zum Scheine zurückgezogen hat und dann in ihren Hauptteilen zur russischen Armee übergetreten ist: sie bilden eine Gardedivision, die zur „Deckung“ des Aufmarsches herangezogen war. Außerdem hat das Generalkommando des freiwilligen Reservekorps in Gumbinnen am 20. Juli einen Aufruf an alle Truppenabteilungen und zum Uebertritt in die Armee Kottischak aufgegeben. Die Panzerabteilung des betreffenden Korps hat den Uebertritt bereits vollzogen.

Die deutschen, baltischen und russischen Offiziere, die auf deutschem Boden die Vorbereitung für die russische Armee betreiben, fahren auf deutsche Militärfahrzeuge und verpacken auf diese Weise die Kasse der deutschen Eisenbahnverwaltung. Wie wir schon in unserer Freitag-Abendausgabe betonten, ist das Kriegsministerium von dem Uebertritt unterrichtet. Es hat sich deshalb auch bisher über die von uns erhobenen Anklabigungen ausgesprochen. Die Arbeiterklasse kann von der Regierung eine Hilfe zur Durchkreuzung der in Aurland geschmiedeten Pläne gegen die deutsche Revolution nicht erwarten. Nur durch entschlossenes Auftreten wird sie den geplanten Anschlag auf die Rechte zu verhindern vermögen.

Ein deutsch-zaristisches Verbrüderungsfest.

Von einer solchen aus Mitau zurückgekehrten Militärperson ist mitgeteilt:

Am 24. August fand im Offizierskasino in Mitau zwischen den zaristischen Offizieren, die die Aufrüstung einer neuen konterrevolutionären Armee betreiben, und den deutschen Offizieren, die offen für die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland Propaganda machen, ein Verbrüderungsfest statt. Die höheren militärischen Dienststellen waren durch Abgeordnete vertreten. Es wurden Neben über die politische Lage gehalten, wobei die deutschen Offiziere betonten, daß sie nur noch zum Scheine hinter der heutigen Regierung ständen. Die Zar sei die Wiedereinführung der Monarchie und sie würden dieser Aufgabe alle Kräfte zur Verfügung stellen.

Unterhalten brachten die Herren zum Ausdruck, daß sie nicht müde seien, Aurland zu verlassen. Sie wollen vielmehr die Truppen möglichst lange in Aurland zusammenhalten, wollen unter neuen Umständen neue Schwierigkeiten vorziehen, um die Truppen durch allerlei Schiedungen neue Mannschaften und Kriegsmaterial heranzuschaffen. Den russischen Offizieren wurde die weiteste Unterstützung zur Förderung ihrer Pläne zugesagt. Die Russen betonten überdies, daß es ihr Ziel sei, die Aktionen der Generäle Denikin und Kottischak von Westen her zu unterstützen. Es wurden feurige Reden auf die neue zaristische Kaiserkrone und auf die preussische Monarchie gehalten. Die Feste dauerte von nachmittags 3 Uhr bis morgens 6 Uhr. Wein und Selt floß in Strömen, Gläser wurden geschmettert, und die Herren verabschiedeten sich mit dem Wunsch, alle Kräfte anzuspannen, um möglichst bald wieder zu „normalen“ Zuständen in Deutschland und in Rußland zu kommen.

Ganz Mitau steht voll russischer Soldaten. Das Detachement des Wachen Kottischak hat bereits die Linien Mitau-Schauzen besetzt und trifft Vorbereitungen zum Vormarsch. Die russische Armee ist völlig neu ausgerüstet. Die Mannschaften tragen Uniformen, die aus deutschen Gezeesbeständen stammen, nur die Mäntel sind russisch. Die Artillerie, Maschinengewehre, Panzer und Infanteriegewehre, ist aus Deutschland bezogen worden, was an die Mäntel verpackt worden. Dem deutschen Volk und den Millionenverlierer verlor den Gefangenen. Denn das Geld, das für die Ausrüstung der russischen Armee gesammelt wird, fließt in die Taschen der deutschen Offiziere, die die Schiedungen bevorzugen.

Die Zustände in Aurland spotten jeder Beschreibung. Jeder Soldat sieht sich als eigener Herrscher und arbeitet für seinen persönlichen Vorteil. Infolge der eifrigen Propaganda, die für die russische Armee von den Deutschen monarchistischen Offizieren gemacht wird, gibt der Zustand zum Detachement Graf Keller an. Es sind natürlich in der Hauptmasse die schlechtesten Soldaten, die sich für die Armee anwerben lassen. Sie glauben, das Geld, das sie für die Ausrüstung dabei machen zu können, werden aber im bestenfalls in seinem eigenen Interesse vor Zugang nach Aurland zu vermeiden.

Mitau, 10. August.

In einer Sitzung des lettischen Volksrates vom 18. hat der Ministerpräsident Ullmanis über die Frage der Rückkehr der russischen Armee nach Lettland gesprochen. Die lettische Frage ist sehr kompliziert. Die Deutschen sehen sich langsamer zurückzuziehen. Dennoch kann ich ungeachtet aller Versicherungen der Letten versichern, daß morgen drei Viertel Aurland besetzt sein werden, nach noch einigen Tagen neun Zehntel.

des Landes. Es wird nicht mehr lange dauern, bis Aiga nach Wegzug der letzten Deutschen aus Lettland wird fliegen können.

Mitau, 10. August.

Wozuland ist vom Westen her bis zur Linie Markgraf, nördlich Kassen, westlich Ugalen, östlich Goldingen von deutschen Truppen geräumt.

Der Rechtssozialist Severing als Organisationszerstörer.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Im Bergbau waren die Organisationsverhältnisse der Arbeiter bis zum Ausbruch der Revolution sehr schlecht. Das Grubenkapital hatte es verstanden, die selben Gewerkschaften zu züchten. Gewaltige Geldsummen wurden von den Unternehmern zur Gründung der selben Werkzeirene herabgeworfen, so daß sie überall nie Pilze auf dem Boden schossen. Dies Bild hat sich nach den Revolutionen mit einem Schlag geändert, die Bergarbeiter setzten ihren Organisationswillen durch, und die Gelder wurden nicht mehr gegeben. Sie verschwanden gänzlich, weil durch ständige Arbeiterkontrolle die Organisationszugehörigkeit fehlerhaft wurde. In der Praxis wurde dadurch eine Zwangsorganisation für die hier bestehenden Bergarbeiterverbände herbeigeführt. Diese Arbeiterkontrolle, die den Bergarbeitern natürlich ein Dorn im Auge war, wurde jetzt durch den Rechtssozialisten und Reichstagsabgeordneten Severing verboten. In keinem Falle unterliegt es allen Arbeiterräten und Gewerkschaftsteilnehmern, durch Kontrolle der Organisationszugehörigkeit einen Druck auf die nichtorganisierten Arbeiter auszuüben. Er droht, mit den schärfsten Mitteln dagegen einzuschreiten, wenn durch die angelegte Aufsicht der Inorganisierten von der Arbeit oder den Parteien der gewerkschaftlichen Lohnabkommen irgend ein Organisationszwang ausgeht würde.

Diese Verordnung des Herrn Severing hat naturgemäß bei den Arbeiterräten große Freude hervorgerufen, dagegen steht die gesamte Arbeiterschaft in ihr die Verurteilung der jahrzehntelangen mühsam aufgebauten Arbeiterorganisationen. Auch die Rechtssozialisten haben sofort erkannt, daß Severing nur einem Wunsch der Schwerindustriellen gefolgt ist, denen dadurch die Möglichkeit gegeben ist, wieder die gelben Werkzeirene ins Leben zu rufen. Die Bochumer Gewerkschaftskommission, die in ihrer Mehrheit aus Rechtssozialisten besteht, nahm gegen den Severingschen Erlaß Stellung und faßte einstimmig einen Beschluß, in dem es heißt: „Gegenüber der Androhung, jedem Organisationszwang mit allen Mitteln entgegenzutreten“, stellt das Kartell fest, daß für die Veröffentlichung einer derartigen Kundgebung ein begründeter Anlaß nicht vorliegt.“

Die jetzt vorgenommene Kontrolle der Verbandsbücher ist in ähnlicher Weise selbst in der Vorkriegszeit und selbst unter Geltung des verabschiedeten § 153 der Gewerbeordnung in stark organisierten Orten und Berufen ausgeführt worden. Ihr Zweck war lediglich, die Zahl der Organisierten festzustellen und durch die moralische Wirkung der Kontrolle die Inorganisierten und die Gelben zu veranlassen, einem der verfassungsmäßigen Verbände beizutreten. Das ist kein unerlaubtes Mittel und kein unzulässiger Zwang.

Der Erlaß schützt nur diejenigen Elemente, die sich aus rein egoistischen Gründen entweder gar nicht oder nur in gelben Unternehmervereinen organisieren wollen. Er schützt die gelben Schmarotzer, und darum lehnt es das Kartell ab, den Erlaß anzuerkennen. Für die dem Bochumer Kartell angeschlossenen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter existiert der Erlaß des Herrn Reichstagsabgeordneten Severing nicht.

In der Sitzung wurde ferner noch förmlich der Ausschluß des Herrn Severing aus der Partei verlangt, wurde jedoch nicht zum Beschluß erhoben.

Die Wahlordnung des Zentralrats.

Berlin, 10. August.

Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik, „Gesetze“ teilt mit:

Für die Neuwahl der Arbeiterräte der deutschen Republik haben die Vollzugsausschüsse mancher Orte bereits mit Vorarbeiten begonnen.

Der Aktionsausschuß des Zentralrats hat inzwischen eine Wahlordnung fertiggestellt, die in einer am 21. August stattfindenden Gesamtsitzung des Zentralrats verabschiedet und sodann veröffentlicht werden soll. Die Grundlage dieser Wahlordnung bilden die vom 2. März d. J. gefassten Beschlüsse, wonach die Wahlen der Arbeiterräte nach Vertrieben und auf der russisch-kändischer Grundlage stattfinden haben. Der Zentralrat macht daher darauf aufmerksam, daß in den Wahlbezirken, in denen, wie in Berlin, die Vorarbeiten bereits in Angriff genommen sind, diese Grundregeln maßgebend sein müssen.

Die Vornahme der Wahl selber kann nur nach der oben angelegten, vom Zentralrat demnächst zu erlässenden Wahlordnung stattfinden.

Die Kostenerlieferung an die Entente.

Die in der gestrigen Presse mitgeteilte Aeußerung des Wirtschaftsministers Schmidt in der Nationalversammlung soll nach einer offiziellen Meldung falsch verstanden worden sein. Es schweben vorläufig noch Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland über einen für beide Teile annehmbaren Kompost. Die dringende Notwendigkeit Deutschlands soll berücksichtigt und beachtet die Interessen der Gegner befriedigt werden. Eine allgemeine Heulegung ist nach nicht erfolgt. Am Schluß der offiziellen Meldung wird an die Arbeiter, besonders in den Kohlenbezirken, appelliert, daß sie nicht fortgesetzt streiken sollen.

Der Gesundheitszustand der Bergarbeiter.

Essen, 10. August.

In den letzten Vorstellungen des Ausschusses zur Prüfung der Arbeitsszeit im Bergbau, an denen auch 5 Ärzte des Ruhrgebietes teilnahmen, wurde übereinstimmend festgestellt, daß der Gesundheitszustand im Ruhrbergbau im allgemeinen gebessert und auch die bisher eingetretene Minderung der Arbeitszeit von 8½ auf 7 Stunden gänzlich gewirkt hat. Eine sehr lange Debatte entspann sich über die Frage der Arbeitszeitbeschränkung der Bergarbeiter, wobei sowohl Arbeiter, als auch Arbeitnehmer das Wort ergriffen. Ganz besonders erörtert wurde die Frage, ob vom rein ärztlichen Standpunkt aus eine weitere Verkürzung der Schichtzeit notwendig ist. Von den Arbeitnehmern wurde betont, daß eine weitere Verkürzung lebensverlängernd wirken und außerdem eine gesteigerte Tätigkeit der Bergarbeiter ermöglichen würde. Die Ärzte gaben zu, daß eine weitere Verkürzung unstrittig eine vorteilhafte Wirkung haben würde, daß dieser Forderung mit den ärztlichen Gründen allein nicht beizugekommen werden kann. Im Anschluß daran wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß die Lebensmittelversorgung der

Bergarbeiter im Ruhrgebiet, namentlich die Fettversorgung, verbessert werde. Sodann wurden wirtschaftliche und technische Gesichtspunkte gestreift.

Sandarbeiterstreik im Harz.

Braunschweig, 10. August.

Die Sandarbeiter des Kreises Blankenburg a. Harz sind, wie das „Blauenburger Kreisblatt“ berichtet, gestern in den Streik getreten. Sie fordern höhere Löhne und Einführung eines Tarifs.

Vor einem Verzehrsstreik in Berlin?

Berlin, 10. August.

Nach einer Meldung des „Recht Vorwärts“ aus Drüffel vom 15. ist die Gefahr des Verzehrsstreiks noch nicht beseitigt. Das Telegramm schließt mit den Worten: Der Streik wird morgen beginnen, wenn nicht in letzter Stunde eine Einigung erfolgt. Das „Recht Vorwärts“ berichtet, es handle sich um einen reinen Verzehrsstreik, und gannstet die Aufrechterhaltung der Verpflegung und den Schutz des Staatseigentums. Am Streik beteiligte sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten von Eisenbahn, Post, Telegraph, Telephon und Schiffelet.

Amsterdam, 10. August.

Havas-Mentor meldet aus Brüssel, daß der Streikausschuß der Eisenbahn, Post, Telegraphen- und Telephon-Angestellten nach einer langen Beratung beschlossen hat, den Arbeitern mitzuteilen, daß er im Hinblick auf den guten Verlauf der Verhandlungen die Möglichkeit erwägt, den Streik um drei, höchstens vier Tage zu verschieben. Der Beschluß zum Streik am 17. August kann jedoch noch im letzten Augenblick gegeben werden.

Eine Regierungserklärung Lloyd Georges.

H. N. Haag, 10. August.

Aus London wird gemeldet: Lloyd George wird am Montag im Unterhause vor Eintritt der Parlamentssitzung eine prinzipielle Erklärung über die Regierungspolitik abgeben. Er wird sämtliche internen Fragen behandeln; in seinen Erklärungen werden besonders die wirtschaftlichen Probleme, in erster Linie die Rationalisierung der Eisenhütten und anderer Industrien, einen breiten Raum einnehmen. Lloyd George wird weiter den Standpunkt der Regierung in der irischen Frage und ihre Haltung in verschiedenen nationalen und finanziellen Angelegenheiten darlegen.

Gute Ernte in Rumänien.

H. N. Bukarest, 10. August.

Das rumänische Pressebüro meldet: Die Ernteaussichten in Rumänien sowie in den neuangegliederten Gebieten sind ausgezeichnet. Das rumänische Wasserdampfwerkzeug bereitet ein Gesetz über die Ausfuhr rumänischer Getreides nach dem Ausland vor. Die zum Export freigegebenen Getreidemengen sollen gegen Lei-Daluta abgegeben werden.

Schwierige Lebensmittelversorgung in Italien.

H. N. Rom, 10. August.

Aus Rom wird gemeldet: Der Nahrungsmittelminister Ferraris hat in der Kammer erklärt, daß die Lage in Italien sehr schwierig sei. Der Verbrauch müsse eingeschränkt und die Erzeugung mit allen Mitteln erhöht werden.

Die Verhandlungen mit den bolschewistischen Delegierten nehmen nach einer offiziellen Meldung einen befriedigenden Verlauf auf. Die Verhandlungen der Kommission für Internationale und Kriegsverhandlungen sind so gut wie beendet, in allen Hauptfragen wurde vollkommene Übereinstimmung erzielt. Auch in den Schlußfragen kam es zu einem Einvernehmen. Die staatsrechtlichen Fragen sollen am Sonntag diskutiert werden. Ein Gegenstand der Einigung sind die Gegenstände, die an die Alliierten aufzuliefern sind, ist der Nationalversammlung zugewandt.

Einen Anleihekredit in Höhe von 9 Milliarden Mark verlangt die Regierung in einem Gesuchentwurf an die Nationalversammlung. 7 Milliarden sollen den Reichsoberrenten für die out-Vertrag des Friedens und der Demobilisierung entstehenden Ausgaben und 2 Milliarden für Leistungen aus dem Friedensvertrag zugewandt werden.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat vom 17.-19. Oktober in Kassel eine außerordentliche Generalversammlung ab. Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft befindet sich jetzt in Berlin-Charlottenburg, Hansstraße 159.

Das neue finnische Kabinett hat sich gebildet. Von den Ministern gehören sechs der Fortschrittspartei, vier der Kleinbauernpartei an, zwei sind parteilos, der Kriegsminister Berg gehört der schwedischen Partei, Bohjanpaalo der Sammlungspartei an. Nur bürgerliche Parteien sind an der Kabinettsbildung beteiligt.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

Berlin, 10. August.

„Recht Vorwärts“ meldet aus Nancy vom 10. August: Ein Unfallsbergung von Rehf fuhr bei Lunéville auf den Strecken Nancy-Strasbourg. Der Pariser Zug hatte keine Besatzung, der Unfallsbergung acht Tote und 21 Verwundete, von denen einige hoffnungslos verletz sind. Die Ursache des Unglücks ist das Versagen eines Signals.

Die freie Welt
 illustrierte Wochenschrift der U. S. D. D.
 Erscheint jeden Mittwoch
 In der nächsten Nummer beginnt
Szaschka Schegulow
 Revolutionsroman von Leonid Andrejew
 In jedem Heft Bilder, Karikaturen,
 politische Beiträge
 20 Pfennig Vierteljährlich 2,50 Mark
 Bei jedem Zeitungshändler zu haben

Leipziger Str.
Königsstraße
Mortizplatz
Rosenthaler Str.

A. WERTHEIM

Versand-
Abteilung
Berlin W 68
Leipziger Str.

Handschuhe

Kurze Halbhandschuhe

Zwirn durchbrochenes Gewebe, 2 Dk. 75 und 95 Pf.
Blumenmuster weiß 1.45

Lange Halbhandschuhe

Zwirn gemustert, weiß 95 Pf.
Leinen-Ersatz Blumenmuster, weiß u. schw. 1.75
Schweden-Ersatz farbig, 2 Druckknöpfe 3.90
Weiße Zwirnhandschuhe 2.50
Schweden-Ersatz fbg. u. schwarz, 2 Dk. 4.90
Perfilet weiß und schwarz, 2 Druckknöpfe 4.90
Seide schwarz, 2 Druckknöpfe 4.90
Leinen-Ersatz Netzgewebe, weiß u. fbg. 8.50
Seide weiß, schwarz, fbg. m. verstärk. Spitzen 9.75

Weißwaren

Maisrosenkragen aus blauem Ersatzstoff 50 Pf.
Blusenkragen aus Glasballist, mit Mohl-
baum und Spitzen-Einsatz 2.65
Blusenkragen aus gepunkt. Mull,
mit Säumchen und Spitzen-Ansatz 5.25
Blusenkragen aus gepunkt. Mull,
mit Säumchen und Spitzen-Ansatz 6.25
Blusenkragen große Form, aus gepunkt.
Mull, mit Spitzen-Ansatz 7.00
Jabots mit Stehkragen, aus Tüll mit Spitze 3.90
Jabots mit Stehkragen, a. Tüll m. Spitzen-Ans. 5.25
Große Reverskragen verschied. Ausf. v. 9.00 an

Halsrüschen aus Straußfedern
in großen Sortimenten

Damen-Wäsche

Damen-Hemden mit Durchbruch und Besatz 19.50 mit Stickerel 38.00
Damen-Beinkleider dazu 15.50 mit Stickerel 28.00
Damen-Nachthemden dazu 33.00 mit Stickerel 64.00
Untertaillen lose Form mit Stickerel 13.75 und 14.50
Damen-Beinkleider lange Form, geschlossen, m. Stickerel 10.75
Weiße Stickerel-Röcke 45.00
Herren-Hemden mit Falten 27.50
Bettlaken von ungebleichtem Nessel 19.50
Damen-Hemden mit Spitzen-Ein- und -Ansatz ... 18.75
Damen-Beinkleider dazu 19.75
Deckbettbezüge von Renforcé 52.00
Kissen dazu 15.00

Stoffe für Waschkleider

Große Auswahl in verschiedenen Geweben

Voile weißer Grund mit farbigen Streifen Meter 6.90
Satin-Flanell mittelfarb, bedruckt, f. Blusen u. Kleider 12.50
Voll-Voile weiß bestickt, schöne Muster, 100 cm br., Meter 18.50

Spitzen-Artikel

Zwirn-Spitzen weiß, für Wäsche u. Decken geeignet. Meter 45, 65, 85 Pf. 1.25
Leinene Klöppel-Spitzen u. -Einsätze maschinen-
gearbeitet, in verschiedenen Breiten Meter 1.35 1.65 1.85 2.25
Filet-Spitzen u. -Einsätze weiß, maschinengearbeitet,
für Wäsche, Blusen u. Kleider verwendbar Meter 2.50 3.25 4.50 5.75
Spitzen-Reste u. -Abschnitte in Zwirn, Klöppel, Filet und Valenciennes

Damen-Strümpfe

Damenstrümpfe
Baumwolle, lang, schwarz 9.75 15.50
Damensrümpfe
Flor, lang, schwarz 10.50 18.50
Damensrümpfe
Baumwolle, lang, lederfarbig und grau ... 12.75
Damensrümpfe
reine Wolle, schwarz 17.75 24.75
Damenstrümpfe Kunstseide, schwarz 16.75
Damenstrümpfe Trama, mit Florrand u. Spitze
schwarz 26.00 weiß 29.00

Damen-Strickjacken

Kunstseide in verschiedenen
Formen und vielen Farben ... 175.00 125.00
Wolle gemustert und gestrickt, schwarz
und farbig 95.00
Wolle Trikotgewebe, marine 75.00
Zellstoff weite moderne Formen, farbig
gemustert 32.50

Regenschirme

Damen- u. Herrenschirme festkantiger
baumwollener Taft mit seidene. Futteral ... 34.00
Damen-Schirme Halbseide, m. Hornkrücke 66.00
Damen-Schirme Halbseide, mit heller
Hornkrücke 71.00

Taschenfächer

Batist-Taschenfächer
mit gestickter Ecke Stück 1.50
Batist-Mohlsaum-Taschenfächer
weiß Stück 1.75

Theater und Vergnügungen.

Volkshühne. Theater am Blowerplatz.
3 Uhr: Die Fiedermaus.
7 1/2 Uhr

Der Kuhreigen.
Dirigiert G. Wehhard - E. Sommer.
Theater i. d. Königgrätzer Straße
3 Uhr: Musik.
(Maria Orska)
Montag: Musik.
Dienstag: Die fünf Frankfurter
Mittwoch: Die fünf Frankfurter
Donnerstag: Musik
Freitag: Die fünf Frankfurter
Sonntag: Neuestudiert:
Kameraden
Komödie in 4 Akten v. Aug.
Strindberg, (Maria Orska, Al-
fred Abel, Julius Brandt,
Frieda Richard.)
Sonntag: Kameraden
Montag: Kameraden

Komödienhaus
an der Marschallstraße.
8 Uhr: Liselott von der Pfalz
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack

Residenz-Theater.
Untergrundb. Köpenickerstraße.
Ausgang Stralauer Straße.
8 Uhr: Zum 210. Male!
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rolzer.

Trianon-Theater.
Bl. in der Straße 24, 25, 26.
8 Uhr: Zum 210. Male!
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann

Deutsches Theater
Abendlich 8 Uhr
Met. Pöhlberg in
„Am ich war ein Jungling...“
(Schwanke)
Sonntag nachm. 3 Uhr:
halbe Preise! Kass. Gastspiel

Rose-Theater
3 Uhr: Maria Magdalena
5 Uhr: Die Frau d. Dubitanen
Gartenbahn:
8 Uhr: Konzert, Spezialitäten.
7 1/2 Uhr: Das sieht sich jeder an

Wallhalla-Theater
Täglich: 7 1/2 Uhr:
8 schöne Zeit, u. selbige Zeit!
Gartenbahn:
Theater, Spezialitätenvorstellung.

National-Theater
8 Uhr: Mörder (Lichter!) 8 Uhr
Familie Mannemann

Theater a. Kotbus, Vor-
Abendlich 7 1/2 Uhr
Stille Sänger
8 Uhr: Mitternacht
Flüsterer, Spielplan
Sommerrevue I.
Mittwoch-Konzert

Berliner Prater

Kastanien-Allee 7-9
Neptun's Bummelfahrt
Erstklassiges Varieté.
In der Tanz-Ball.
die täglich Ball.
Anfang 4 Uhr.

Theater des Westens

Die einschl. Metw. 20. August
7 1/2 Uhr letzte Aufführung
Mit Werber's Haack-Waldmann in
Die Geisha.

Casino-Theater

Lotharinger Str. 27, Tägl. 7 1/2 Uhr:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: „Schwarzwaldhütte“.
Operettenakt mit Victor Litack
von der Komischen Oper.
Dazu erstklassige Spezialitäten.

Wintergarten

täglich 7 1/2 Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Böllner-Theater

Währnerstraße 25.
Sitzt die letzte
Gonkulturbildung:
Das Geisj
von Paul Haber.
Montag, den 14. August
7 1/2 Uhr
die 50. Aufführung!

Stenst du das Land, wo dich die Erde liebt

Hast du den kleinen Spreewald
schon gesehen?
Der schönste Ausflugs-
ort im Reich

Wann's Goldschloß in Schandau.

Zel.: Friedrichshagen 65.
Jeden Sonntag Tanz.

Brunnen- Lichtspiele

Brunnenstr. 135
Außergewöhnlich
interessantes Programm!
**I. Des Meiers
Bettelnweib**
Spannendes Detektiv-
Drama

II. Das Angeworbene Jungweibchen

oder: 1000 u. 1 Frau
in 7 Akten
mit dem berühmten
Erich Kaiser-Tietz
Kretsch, Musikbegleitung
i. d. 5. Theater vom Prater!

III. Nach erstklassige Lichtspiele Sollauer-Praterrevue

Anfang 6 u. 8 1/2 Uhr.

Theater i. d. Königgrätzer Str.

Am Sonntag, den 17. 8.
und Montag, den 18. 8., 8 Uhr

Musik

Stimmungsbilder in 4 Bildern
von Franz Wehling.

Hauptdarsteller: Maria Orska, Sofiane
Zimmermann, Frieda Richard, Emilie Curt, Her-
mann von Nien, Fritz Schütz, Kurt Roth, Ernst
Wagner, Hugo Haas.

Vorherige: Dienstag, den 19. 8. 1
Die fünf Frankfurter.

Blumengarten Oberschöneweide, Oberspro

Heute und Donnerstag, den 14. August
Riesen-Feuerwerk
Tanz-Weißstiehl
200 Mk. Geldpreise

Ballschmieders Varieté-Garten Sommer-Theater

Baderstraße 16
Nitz, Gerh. Danneberg
Pranauer Promenade 6-8

Täglich 12 Varieté-Nummern Grosses Theater-Orchester

Eröffnung der Gärten: Wochentags 8 1/2 Uhr
Sonntags 7 1/2 Uhr
Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr
Sonntags 5 Uhr
Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr
Sonntags 6 Uhr

Über Vermittlung der Gärten an Vereine wenden
man sich an die Direktion.

Wirtshaus Oranke-See

am Oranke-See
Oranke-See, Berlin-Hohenschönhausen, Oranke-See 49

Sonntag, den 17. August, großes Garten-Konzert

unter Mitwirkung von
Männer- u. Frauenchor „Weißensee A.B.S.“
Chordirigiert: Otto Kowalski.

In beiden Sälen: **Großer Ball**

Schweizer Garten

Am Friedhofshain 25-30
Heute Sonntag u. Montag
Das neue Programm
Lu. Berg u. Alaskas
Truppe Wallonsa
(Gingold, Kretsch)
Otto Paris
Ramser Kadeburg
Robert Duo
2 Adress - Zigeunerlied
und die neue Operette:
Ein Teufelskerl
Vorverk. ab 10 Uhr Veram

Romödienhaus

an der Warshallerbrücke
Am Montag, den 18. August, 8 Uhr:

Son 75. Rufe: Liselott von Pfalz

Bühnspiel in 3 Akten mit 1 Vorspiel
u. Rudolf Preuber u. Leo Walter Oelen

Hauptdarsteller:
Grete Dierks, Gerh. Dornberg, Beate Döbel,
Helmut Döbel, Willy Curtwiler, Olga Engl,
Elen. Gerh. A. W. Römer, Emma Schürer,
Hilke Scheyer, August von Schroeder, Werner
u. Sieb, Hans Tilo, Wolfgang Ziger, u. a.

Thalia-Blücher- Lichtspiele Lichtspiele

Gr. Frankfurter Str. 27 u. Blücher-Straße Nr. 61
In beiden Theatern von Freitag
den 15. 8. bis Montag, den 18. 8. 19

Die große Zirkusattraktion

Der Film führt uns einen großen Teil von Sensations-
abenteuern vor Augen, wie sie bisher in einem Film
noch nicht gesehen worden sind, der Kampf mit den
Räubern, die Nahrunglosen, sowie die vorzunehmenden Lieber
und Verletzungen, ebenso Zirkusattraktionen sorgen für
dauernde Abwechslung.

Niemand verlässt die se Sensation. Außerdem das große
Beiprogramm. — Früher Kommen sicherer gute Plätze.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Schloss Schönhausen

Niederschönhausen (Paul Schönberg) Lindenstr. 11.
Jeden Sonntag und Donnerstag
Ball der Jugend.

Die gute Musik. Der grosse Betrieb.
Im Garten: Varieté-Vorstellung.
Vereine und Gesellschaften empfehlen meinen Garten und Saal
unter den kulantesten Bedingungen.

Palzenhofer Brauerei - Ausschank

Turnstr. 25-26 Turnstr. 25-26

Jeden Sonntag: Großer Ball!

Säle für Vereine noch frei!

Bildungsausschuß U. S. P. Neukölln

Sonntag, den 17. August
In sämtlichen Räumen der Berliner Kindl-Brauerei, Hermannstraße

Sommerfest

Konzert - Gesang - Turnerische Aufführungen - Kinderrollen
Mitwirkende: Das Berliner Symphonie-Orchester (Leitung:
Herr Maximilian Fischer), die Berliner Liedertafel (Leitung:
Herr von den Dries), die Freie Turnerschaft Neukölln-Union.

Anfang 3 Uhr
Eintritt 75 Pf.
Unterstützung sind im Bureau, Neuköllnstr. 3, sowie bei allen Bezirks-
kassierern und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.

Genossen u. Genossinnen

Für Euch ist der grosse soziale
aus der Arbeiterbewegung

Tote, die nicht sterben

Fortuna-Lichtspiele, Müllerstr. 11
Täglich 5 und 8 Uhr

Konditorei u. Café Hohenstaun

Kottbusser Damm 76, Inh. Otto Pottmann
hält sich den Genossen bestens empfohlen

Wirtshaus Oranke-See

am Oranke-See
Oranke-See, Berlin-Hohenschönhausen, Oranke-See 49

Moderner Tanz-Unterricht

Jazz, Foxtrott, Rag-Time usw.
Max Korn, Tanzlehrer.
Mitglied der Vereinigung Berliner Tanzlehrer u. a.

Schau-Burg

Andreasstraße 64
Sonntag ab 4 Uhr
Ringkämpfe
Nacht, Feld-, Winter-,
Stanes-Schikat, Abends:
Winter - Stadion, Zim-
busch-Stil, bei Festlich-
Paradise-Gamella.
Filmprogramm
Prinzess Tatiana

Neu eröffnet

Restaurant mit
Karl Kaiser
Neubau
Hermannstr.

Sale Königstadt-Kasino

Holzmarktstraße 72, Tel. Amt Alexander 40

Soeben neue Nummer erschienen

Der Sozialist

(Träger Sozialistische Auslandspolitik)
Unabhängige sozialdemokratische Wochen-
zeitung
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Bloß, H. Haase, K. Kautsky,
A. Stern, G. Strobel u. a.

Alte Gebisse

pro Zahn von 1 bis 8 Mark
E. FETTER, 6a
Beile-Alliance Pl. 6a

Postsendungen werden sofort besorgt.
Bitte genau auf Straße u. Hausnummer achten

Internationale Sozialistkonferenz.

Vortagung des Berichtes aus den Ann. 381, 384, 388 und 390 der „Freiheit“.

Aspicien (Deutschland, Unabhängige Sozialdemokratie):

Der Frieden ist ein Problem, das noch gelöst werden muß. Was wird es sein? Das Wilson es könnte oder bürgerlicher Kapitalismus, diese Missionen hat Versailles gründlich zerstört. Solange der Kapitalismus besteht, wird kein Friede sein.

Der Frieden ist ein Problem, das noch gelöst werden muß. Was wird es sein? Das Wilson es könnte oder bürgerlicher Kapitalismus, diese Missionen hat Versailles gründlich zerstört.

Was hilft der Menschheit? Appelle an die Regierung? Demonstrationen? Oder roten Wunder möglich?

Zum Kampf müssen wir rufen!

Zum Kampf gegen den Kapitalismus. Dem Proletariat aller Länder rufen wir zu: Strich vom Kreuz und hilf dir selber! Der Kapitalismus hat seine geschichtliche Mission erfüllt, er muß vom Sozialismus abgelöst werden, damit die Menschheit auf eine höhere Stufe der Kultur gelangt.

Zur Führung des Befreiungskampfes der Arbeiter aller Länder brauchen wir eine sozialrevolutionäre Internationale, die alle Völker, die gewogen und zu leicht befunden wurden. Die erste Internationale, Geniew! Aber eine, die innerlich eine Einheit für ein gemeinsames Ziel, Bernsteins Einigungsversuche müssen scheitern, weil er die tiefen Gegensätze durch eine äußerliche, formale Einigkeit nicht beseitigen kann.

Die deutschen Rechtssozialisten haben den Sozialismus preisgegeben. Es ist nicht wahr, daß sich in Deutschland die Unabhängigen frei betätigen können, wie Bernstein hier behauptet hat. In Deutschland herrscht ununterbrochen der Belagerungsstand, wüsten Klassen und Militärjustiz. Die Gefängnisse und Justizhöfe, sogar Gefangenenerlager beherbergen Tausende von politischen Verfolgten, von revolutionären Proletariaten. Politische Gefangenenerlager. Es ist sogar auf politische Gefangenenerlager geschlossen worden, wenn sie sich am Fenster ihrer Zelle zeigen.

Die deutsche Diktatur der Maschinengewehre und Handgranaten.

Wir Unabhängigen haben zu Anfang der Revolution ehrlich verhandelt, mit den Rechtssozialisten in der Regierung zu arbeiten. Ich selbst kann hier zu eigener Erfahrung sprechen. Wir mußten uns der Regierung unterwerfen, weil die Rechtssozialisten nicht den Willen hatten, sozialistische Politik nach innen und außen zu treiben. Die rechtssozialistische Politik mit den Bürgerlichen gegen die Arbeiter konnte und durfte wir als Sozialisten nicht permissieren. Es ist nicht wahr, daß wir in unseren Entscheidungen von den Kommunisten und Bolschewisten abhängig sind, wie Bernstein behauptet hat. Wir lehnen es ab, die niederwüchtige rechtssozialistische Dege gegen den Bolschewismus mitzumachen, hinter der sich die Dege gegen den revolutionären Sozialismus verbirgt. Wir lehnen ebenso entschieden die sinnlosen Ausschereien, die Erhebungen von Minderheiten ab, weil sie für die Arbeiterbewegung verderblich sind. Wir sammeln das Proletariat auf dem Boden des planmäßigen Klassenkampfes, für die Ergründung des Sozialismus. Wir haben uns in unserem Revolutionsprogramm so deutlich über die sozialistische Auffassung von der Diktatur des Proletariats ausgesprochen, daß nur Völkerei das übersehen kann. Das Proletariat ist in allen sozialistischen Staaten die ungeheure Mehrheit der Weltbevölkerung. Es hat das Proletariat berechtigt, als ungeheure Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit die politische Macht solange zu behaupten, bis der Sozialismus verwirklicht ist.

Wels sagte, niemand habe den Krieg so bekämpft und das lange Einverständnis des Friedens so bestritten, wie die deutschen Rechtssozialisten. Das Gegenteil ist wahr! Die deutschen Rechtssozialisten haben den Krieg und das Durchhalten bis zum militärischen Zusammenbruch Deutschlands gefördert. Sie haben ihre eigenen Parteigenossen, die für den Frieden eintraten, erlöttert bekämpft. Als dann endlich wenigstens der direkte Klassenkampf mit allen bürgerlichen Parteien: der Vertrag von Versailles kann nicht unterschrieben werden. Diese rechts-

sozialistische Politik würde zum erneuten Ausbruch des Krieges geführt haben.

Wels und sein Begleiter Schiff machen erregte Zwischenrufe, darunter das Wort: Lüge!

Grundgedacht: Genosse Wels, Sie sind dumm, das bezieht sich nicht auf mich, grob zu werden!

Crispien fährt fort: Ich lehne es ab, den Schutz des Präsidenten gegen das Wort Lüge anzurufen. Solche Anwürfe muß man vom Koadjutor, wie Strohanot. — Wenn heute immer noch deutsche Soldaten im Baltikum gegen die proletarische Revolution kämpfen, dann ist das Resultat der rechtssozialistischen Politik, durch die der Militarismus wieder oben auf gekommen ist. Wir haben in Deutschland schätzungsweise — die Regierung schweigt sich darüber aus — 800 000 bis 1 Million Soldaten, die monatlich 1 1/2 Milliarden Mark kosten. Jetzt, wo nach dem Versailler Vertrag der Abbau des Militarismus erfolgen soll, werden in den Bürgerwehren und in den Volkstruppen fanatischeren Bourgeois-ärmen gehalten.

Wels glaubt nicht an die Weltrevolution, nicht daran, daß sie den Vertrag von Versailles aufheben wird. Der als Sozialdemokrat nicht an die Weltrevolution glaubt, kehrt als renegat Säbner in den Schoß des bürgerlichen Lagers zurück. Die Weltrevolution hat bereits begonnen: in Rußland, in Österreich, in Ungarn, in Deutschland. Sie wird kommen auch in Frankreich, in England, in Amerika. Ueberall dort wird die Weltrevolution des Proletariats kommen, wo der Kapitalismus sein Werk vollbracht hat. Die Weltrevolution zum Siege zu führen, das ist die große Aufgabe der Internationale. Durch den Klassenkampf im Krieg und Frieden können wir allein unser Ziel erreichen. (Sehr lautes Beifall)

Sitzung vom 9. August.

Maschukow (Ukraine): Die Internationale hat sich stets gegen jede nationale Unterdrückungspolitik gewandt. Jeder haben viele ungeliebte Sozialisten die Tragweite dieser Frage nicht ganz erfasst. Der Weltkrieg hat die Landkarte Europas gründlich verändert. Wie soll man bei der gegenwärtigen Regierung die russische Föderation verwirklichen können? Auf der einen Seite stehen die Bolschewisten, auf der anderen Seite Denikin und Koltschak; zwischen dem steht die Demokratie. Schon im Dezember 1917 anerkannte die bolschewistische Regierung die Unabhängigkeit der Ukraine. Aber gleichzeitig ging sie militärisch gegen unser Land vor! Hunderttausende Soldaten der Coven in der Ukraine waren die Folge. Dem Herrn Maschukow hat in einer Rede darüber gesprochen. Wie wurde es um die Ukraine gebracht? In der Berliner „Freiheit“ Teil 4, August 1918. Wenn bei uns in der Ukraine gewisse Elemente von der Föderation sprechen, so sind es russische Reaktionen, die das alte Stuckland wiederherstellen wollen. Unser Land erfüllt bis jetzt von seiner Seite Hilfe. Wir Sozialisten sind also ganz auf die Hilfe der Internationale angewiesen. Bei uns überwiegt die bäuerliche Bevölkerung, und mit dieser können wir selbstverständlich nichts anfangen. Der Redner schließt mit der Hoffnung, die Internationale möchte einsehen, daß unter den gegenwärtigen Umständen etwas anderes als die vollständige Anerkennung der Ukraine nicht möglich ist, wenn dieses Land gerettet werden soll.

Rainis (Lettland): Es wäre zweifellos besser gewesen, wenn man sich hier zunächst auf bestimmte Grundsätze geeinigt hätte. Damit hätte man einen starken Schritt zur Wiedervereinigung getan und der Konferenz von Genf vorgebeugt. Wir haben Protest erhoben gegen die Bergewaltigung Deutschlands durch den Friedensvertrag; aber wir müssen auch Protest erheben gegen die Bergewaltigung Lettlands durch das neue Deutschland.

Zwischen Osten und Westen besteht fern Haß. Aber die Art, wie Deutschland unser Land zu kolonisieren wüßte, rief Haß hervor. Die Mehrheitspartei hat sich zum Bützel dieser bürgerlichen Bestrebungen erniedrigen lassen. Die lettische Kultur wurde zusammengestampft, lettische Völker nach Deutschland geführt, um eingekauft zu werden. Aber die Lage wurde auch nach der Revolution nicht wesentlich besser, und der Bolschewismus, der in Lettland drei bis vierhundert Arbeiter zusammengeschlossen, wird hier ebenso schamlos benutzt wie der Bolschewismus.

Krelrod (Rußland): Die Fülle der Probleme erlaubt mir nicht, alles das zu berühren, was ich gerne heute hier zur Sprache bringen wollte. Wir wollen uns beruhigen mit der Versicherung, daß diese Fragen erköstend zur Behandlung kommen sollen auf dem nächsten Kongreß im Februar 1920 in Genf. Viele Gesetze wären bei gutem Willen wohl ausgleichbar, namentlich wenn die Genossen des WOC des Sozialismus sich wieder in die Spinnerei rufen wollten. Aber dieses WOC ist leider im Kriege untergegangen, namentlich durch die vom Bolschewismus angebrachte Verleumdung. Es fehlt nicht nur an klarer Auffassung. Das Uebel liegt darin, daß viele Genossen Tendenzen verfolgen, deren große Gefahr sie selber nicht einsehen. (Sehr richtig!) Die Linke hat für die Internationale die Pflicht nicht erfüllt. Für den Frieden hätte sie nur grobsprecherische Phrasen abgibt.

Krelrod wendet sich sofort gegen die Bolschewisten und bemerkt: Solange staatliche Organismen existieren, bin ich für die Form des Großstaates, anerkenne aber die Notwendigkeit der Selbstbestimmung der Völker. Ich bin gegen die Bolschewisten und ihre demagogischen Tendenzen. Diese Politik war es ja, welche die Randstaaten vor die Existenzfrage stellte: Sein oder Nichtsein? Wer hat die Ukrainer und die Georgier in die Arme der Deutschen gezwungen? Doch nur die Bolschewisten!

In Sibirien bestand eine demokratische Regierung auf dem Boden des allgemeinen Stimmrechtes und der Agrarreform. Jene Regierung hatte sich gebildet, um Sibirien aus den Krallen der deutschen Sieger zu retten. Nach dem Versailler Frieden wandte sich die sibirische Regierung an die Bolschewisten mit der Versicherung: „Wir sind mit Geld und Seele Arsenen und wollen Russen bleiben“; aber jetzt können wir euch vorübergehend nicht beistehen und auch kein Wort helfen.“

Krelrod schließt mit dem Ruf: Liquidation des Bolschewismus durch die Demokratie ist die dringlichste Forderung der Gegenwart. Dazu fordere ich die Internationale auf.

Hier (Österreich):

Im wesentlichen hätte ich hier nur wieder das gleiche zu sagen, was ich schon in Bern ausgesprochen habe. Alle Auffassungen, die wir damals über die Internationale vertreten haben, müssen wir auch heute mit der gleichen Ueberzeugung als die richtigen von unserem Standpunkte anerkennen. Wir haben die angenehme Feststellung zu machen, daß der imperialistische Friede, der in Paris diktiert worden ist, im Schoße der Internationale eine gewisse Auffassung geschaffen hat und daß manche Genossen, die in Bern noch mit Bewunderung auf den Rat der Vier blickten, heute, auf jene Vier, von denen das Bild der Völker, ihre Vertretung hätte kommen sollen, heute einsehen, daß es ein Irrtum war, von einer imperialistischen Regierung irgend etwas für das Proletariat zu erwarten. Wir sind heute als davon überzeugt, daß der Pariser Friede so schlecht ist, wie er nur hätte sein können, wenn er den anderen von einem siegreichen Deutschland diktiert worden wäre.

Durch diesen Frieden hat die Bergewaltigung der Völker weitere Fortschritte gemacht. Er ist in denselben Sinne unerbittlich, wie der schamlose Friede von Brest-Litovsk. Ich habe aus den Debatten die Überzeugung geschöpft, daß die Erkenntnis, daß es sich im verflochtenen Kriege um den Gegensatz zweier imperialistischer Machtgruppen gehandelt hat, immer

weiter auch in den Proletariatskreisen der siegreichen Länder Fuß fassen wird.

Das wirkliche Problem unserer Internationale in der kurzen zur Verfügung stehenden Debatte darzustellen, ist nicht möglich. Die Deutschösterreicher haben die Dinge in wesentlich anderer Licht, als sie hier verschiedentlich dargestellt worden sind. Wie sagen: Während des Krieges hat es sich im Proletariat zu einem wesentlichen Teil um einen Gegensatz im Prinzip gehandelt, nämlich darum, daß es nicht möglich gewesen ist, mit denjenigen zusammenzuarbeiten, die sich als Sozialisten, Vertreter des Proletariats, zu Ruhesten imperialistischer Interessen herausgewürdigt haben. Mit solchen Leuten könnte es keine Verbindung mehr geben. Wir sind dagegen der Meinung, daß alle Differenzen, die heute im Proletariat noch bestehen mögen, nicht Differenzen des Prinzips, sondern der Taktik sind, daß es sich also nicht um Meinungsverschiedenheiten in den Grundauffassungen handelt, sondern im wesentlichen um solche in der Erfassung der historischen Situation. Es liegt nicht bloß die Wille vor, sondern es kann sich nur um mangelhafte Erkenntnis bei gewissen Gruppen und Vertretern des Proletariats handeln.

Aus diesem Grunde ist unsere Auffassung von den Entscheidungen innerhalb der Internationale eine etwas andere und die Haltung der Sozialdemokratie in unserem Lande eine wesentlich verschiedene als diejenige in den anderen Ländern, die eine Niederlage erlitten haben.

Auch wir kritisieren und beurteilen den Bolschewismus. Wir bekämpfen und weisen vieles zurück, was in Ungarn und in Russland geschehen ist. Aber bei allen diesen Klagen und Beurteilungen bleiben wir doch immer Sozialisten und werden nicht Bolschewisten.

Krelrod: Wie sind auch Sozialisten!

Hier: Genosse Krelrod, Sie haben uns früher die Qualifikation als Marxisten bestritten; ich gehe jetzt darauf nicht ein. Uns in Österreich ist es gelungen, die Einheit der Partei zu erhalten. Das ist das Wesentliche für uns. (Sehr richtig!) Wir hatten allerdings keine leichte Arbeit. Vor ein paar Tagen war ich in Deutschland und bekam dort die vollendete Ueberzeugung, daß es in Österreich wirtschaftlich wohl noch viel schlimmer steht als in Deutschland, aber

politisch mühten wir Österreicher nicht tauschen mit unseren Genossen in Deutschland!

Mit der politischen Taktik, die wir geübt haben, dürfen wir zufrieden sein, denn es ist uns gelungen — und das ist das Wesentliche — die Kampffähigkeit des Proletariats für den richtigen Zeitpunkt zu erhalten. (Zwischenruf: Mit den Antifeministen!)

Hier: Ich kann natürlich nicht in zehn Minuten ganz Deutschösterreich an die Wand malen und charakterisieren. (Geltend!) Wir haben nie aufgehört, mit den Bolschewisten zu reden und zu verhandeln. In unserem Arbeiterpartei sind alle Richtungen vertreten, auch die abgeklärtesten Kommunisten. Wir sprechen dort stets über die historische Situation und suchen und gegenständig zu helfen. Mit dieser Methode sind wir gut gekommen und wir möchten nun wünschen, daß die Internationale diese Taktik mehr der österreichischen annehme, als jener, die in Deutschland und Rußland üblich geworden ist. (Sehr richtig!) Wir überschätzen die Internationale in diesem Momente keineswegs. Wir werden nicht behaupten, daß die Luzerner Konferenz jene große Autorität beanspruchen kann, die eine Internationale haben sollte. Sie kann sie überhaupt noch gar nicht haben. Was geschehen ist, können wir nicht negieren und verurteilen.

Wenn hier ein Vertreter der Reformisten Hosiens sagte, er sei der „Vertreter der italienischen Partei“, so empfinde ich das als einen Beleidigung, im Hinblick auf das, was diese reformistische Partei im Kriege getan hat (Sehr richtig!), und ich empfinde Kröner darüber, daß jene tapferen italienischen Sozialisten, die im Kriege vorbildlich waren, heute nicht in unserer Reihe seien.

Krelrod der nachfolgenden Ueberzeugung der italienischen Rede praktiziert das italienische Vorgehen gegen diese Stelle. Er habe nicht im Namen der italienischen Partei gesprochen. Er habe bemerkt: Aber im Namen der italienischen Delegation. Darauf hat der italienische Vertreter antwortet, dieses Recht habe ihm doch wohl zu, denn er gehöre zur italienischen Delegation.

Hier: Ich sage: Wir können heute nicht einfach sagen: Wir sind die Internationale, und die sogenannte dritte Internationale ist niemand, weil dort jetzt die Italiener, Schweizer, Serben, Bulgaren und die Rumänen vertreten sind. Wenn wir wirklich international denken und fühlen, können wir nicht einem ganz anderen Weg als den richtigen einschlagen. Meine offene Meinung über die zweite und dritte Internationale ist die: Wir gefühlte weder die zweite noch die dritte Internationale! Ich glaube, daß aus der Geschichte in späterer Zeit etwas Brauchbares kommen, daß es aber auch dann noch nicht die richtige Internationale sein wird. Daher kann unsere Taktik auf den Internationalen von Bern und Luzern nur die sein: Stören wir das schwache Geblöde der Internationale!

nicht! Wenn Krelrod sagt, wir Brandmarken und selbst, wenn wir nicht in Rußland intervenieren, so vertreten wir dagegen den Standpunkt, daß die Internationale in der schlaffen Lage, in die sie die Kriegspolitik gebracht hat, nicht eine Institution ist, die einzelnen Ländern etwas geben kann, sondern wir sind alle verpflichtet, der Internationale etwas zu geben und sie erst wieder zu neuem Leben zu erwecken, damit sie wieder erhebenkräftig wird. In diesen Fragen können wir heute noch nicht Stellung nehmen.

Wir würden es bedauern, wenn wiederum die Frage des Bolschewismus hier auf der Internationale zur Sprache käme. Auch die deutschen Genossen der Unabhängigen Partei müssen einsehen, daß vor dem gegenwärtigen schwachen Geblöde des Luzerner Kongresses der Streit innerhalb der deutschen Parteien vorläufig nicht entschieden werden kann. Sie müssen Geduld haben und zusehen, was sich bis zum Genfer Kongreß herauskristallisiert wird. Wir wollen die Internationale nicht verwenden für nationale Zwecke einzelner Länder, sondern es ist nötig, die Proletarier aller Länder zusammenzuführen. Man darf nicht von vornherein sagen, wir seien keine Marxisten, weil wir glauben, daß die Internationale sich auf höherer Stufe als die zweite und dritte Internationale wieder bilden muß. Viele Fehler sind in Rußland und Ungarn begangen worden. Wenn wir aber anfangen wollen, zu beurteilen, so können wir aus dem Beurteilen gar nicht heraus. Ich war erst jetzt über das, was Crispian sagte: Tausende politischer Gefangener sitzen dort in Gefängnissen, und auch in Rußland ist dies der Fall. Ueberall wird erschossen.

Hier: Ich halte: Wir können heute nichts anderes unternehmen, als bereden und persönlich wieder besser und aufrechter zu werden. Im Urteilen müssen wir darauf hinarbeiten, daß sich die Proletarier aller Länder wirklich vereinen, damit die Internationale lebensfähig werden und bleiben kann. (Beifall.)

Languet (Frankreich) besteht gegenüber denjenigen, die mit dem etwas dogmatischen Charakter der Resolution nicht einverstanden waren, darauf, daß in der Kommission in Bern auf die allgemeinen Grundzüge der Erklärung abgesehen wurden; daher mühten besondere Erklärungen abgesehen werden. In Bezug auf die besonderen Fragen war man dagegen in der Kommission einig, so daß man diese nicht besonders aufzuführen brauchte. Nur in einer Beziehung war man anderer Ansicht: in Bezug auf

die Intervention in Rußland.

Die Internationale hat alles zu tun, um die russische Revolution zu retten, denn wenn die Revolution im Osten erlischt, wird es

was damit eine ungeheure reaktionäre Welle entfesselt, die alles hinweglegen und alle Hoffnungen im Westen vernichten wird. Rumänien spielt heute die gleiche Rolle, wie Rußland sie 1848 gespielt hat, als es in Ungarn einmarschierte. Und man darf nicht bezweifeln, daß die Reaktion in keiner Weise zwischen Lenin und Kretschow unterscheiden, sondern beide Kopien sind. (Zweiter Teil: Sehr richtig!) Über diesen Punkt sowie über die allgemeinen Prinzipien mußte daher getrennte Abstimmung stattfinden.

Die große Freude begrüßt Longuet die Ausführungen Kretschows, die genau das ausdrücken, was er und seine Freunde zu sagen haben. Weder in der zweiten Internationale, die Dumpfparlament ist, noch in der dritten kommt der Gesamtgedanke der Sozialdemokratie zum Ausdruck. Erst wenn beide zusammen sind, werden wir haben, was wir haben müssen.

Wenn von Clemenceau ein „Cordon sanitaire“ um Rußland gezogen wurde, so wurde das von Lenin damit beantwortet, daß er einen bolschewistischen Korridor um die Revolution zog. Es gilt nun die Aufregungen des gesamten Proletariats zusammenzufassen, um die Revolution der Welt zu retten.

Menaudet (Frankreich), Berichterstatter der Kommission, antwortet auf einige Bemerkungen Longuets. Die Einleitung zu seiner gestern vorgelesenen Resolution bestünde aus einer Kombination seines eigenen Textes mit dem Text von MacDonald. Dasjenige Teil seiner Resolution betrifft das vom Völkerbund sprach, so handelt es sich um eine Wiedergabe seines Textes mit einem Vorwort Engbers, der die Sache genauer zu präzisieren wünschte. Ein dritter Teil sei entnommen dem von der britischen Delegation zu Beginn der Konferenz eingebrachten Bericht.

Erweitert er zu der Frage der Intervention in Rußland etwas zu sagen hat, werde er es seinerzeit tun, wenn die betreffende Resolution eingebracht wird. Er will nur die allgemeinen Richtlinien und Wesen seiner Tagesordnung besprechen. Er liebt es nicht, sich mit allgemeinen Formeln zufriedenzugeben. Wir haben uns mit solchen Formeln allzu lange begnügt und geglaubt, es genüge, wenn wir etwas formulierten. Das ist in Wirklichkeit noch keine Aktion. Wir müssen

auch eine Politik der Aktion

vorbereiten und durchführen können. Es genügt nicht, sich lediglich auf die Politik der Verdammung zu beschränken. Eine konkrete Politik ist nötig.

Erst ein einziger Friedensvertrag ist wirklich unterzeichnet. Gewiß, die besetzten Nationen sollen die Friedensverträge nicht unterschreiben. Das wichtigste ist, daß wir endlich aus dem Zustand des Krieges herauskommen. Das wenigstens ist erreicht durch den Pariser Vertrag. Er entspricht unseren Wünschen in keiner Weise. Aber trotzdem bin ich erfreut, daß die Internationale glaubt, an den Problemen vorüberzugehen zu können, die die eigentliche Ursache dieses Krieges gewesen sind. Der Friedensvertrag entspringt dem Krieg. In dieser Eigenschaft ist er heute nicht nur ein Friedensvertrag, der den besetzten Völkern auferlegt wurde, sondern gleichzeitig auch der Vertrag der angegriffenen Völker zum Schutze gegen die Angreifer. Was sagt, wenn Deutschland in diesem Krieges geblieben hätte, bessere Friedensbedingungen zustandekommen wären. Das stimmt nicht überein mit der Wirklichkeit. Sollte Deutschland gesteht, dann wäre überhaupt keine Basis für einen revolutionären Kampf vorhanden gewesen.

Die Konsequenzen des Krieges haben überall eine Lage geschaffen, die dem Sozialismus die Weiterführung der Gesellschaft zur Aufgabe macht, das heißt die Organisation der Gesellschaft endgültig in die Hand zu nehmen. Verschiedene Völker haben ihre Unabhängigkeit erhalten, nach der sie jahrelang geschmachtet haben. Es ist zu begrüßen, daß die Völker, die ehemals zu Österreich und Rußland gehörten, selbständig wurden.

Überdies hat von der Landesverteidigung als von einer „bürgerlichen Ideologie“ gesprochen. Aber jedem Lande steht

das Recht der Selbstverteidigung

zu. Es fragt sich nur, ob das Land im Verteidigungskrieg oder im Angriffskrieg sich befindet. Renaudet kann die Kritik Adlers nicht annehmen. Jeweils über die Politik der französischen Sozialisten ohne weiteres derjenigen der deutschen Rechtssozialisten gleichstellen. Wir Franzosen hatten nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, das Land zu verteidigen.

Zur Frage des Völkerbundes bemerkt Renaudet, daß das Selbstbestimmungsrecht nur so aufgestellt werden könne, daß eine wirkliche Volksbefragung durch Abstimmung beider Geschlechter durchgeführt werde. Sowie man im übrigen am Völkerbund angeschlossen haben wird, so viel ist sicher, daß er doch viel neues und wertvolles schafft und für die soziale Organisation der Welt vorarbeitet. Die Internationale wird einst dieses Erbe antreten können, was besser ist, als wenn sie erst neues schaffen müßte.

In Bezug auf die Frage einer Diktatur des Proletariats hat schon Engels gesagt, daß dies nur eine Diktatur der Mehrheit sein könne. Hinsichtlich der Unzufriedenheit wird es aller unserer Kräfte bedürfen, um dafür zu sorgen, daß sie nicht sabotiert und verhindert, sondern überall durchgeführt werde.

Die soziale Revolution aufstehen, so daß wir uns heute nicht lediglich von doktrinären Auffassungen leiten lassen können, sondern den realen Tatsachen Rechnung tragen müssen. Es gilt heute, der Reaktion, die bereits wieder ihr Haupt erhebt, mit vereinten Kräften die Spitze zu bieten.

Was die Frage der Methoden anbetrifft, so soll diese Frage am besten langsam gründlich behandelt werden.

Eine Bemerkung gegenüber Adler verlangt einen heftigen Zwischenfall, in dem Adler rief: „Es ist unmöglich, mit Kautsky und Mussolini zusammenzuarbeiten“, worauf die italienischen und russischen Genossen mit Heftigkeit erwiderten, sie hätten Mussolini längst abgeschüttelt. Adler erklärt später, er habe Bischoff gemeint; Renaudet schließt: „Noch ist die Internationale ohnmächtig; aber sie ist doch der einzige Wunsch einer Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats, um den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus zum Siege zu führen.“ (Fortsetzung folgt.)

Deutsche Nationalversammlung.

81. Sitzung vom Sonnabend, 8 Uhr.

Ein Antrag des sächsischen Ministeriums des Auswärtigen auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. Geyer (H.S.) wegen Verleumdung der deutschen Offiziere, wird entsprechend dem Antrag des Geschäftsvorbereitungsausschusses abgelehnt.

Zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über erregende Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung ins Ausland.

Abg. Kralow (Dem.): Wir sind bereit, auf diesem Gebiet alle, auch die härtesten Maßnahmen zu unterstützen, wie z. B. die Ausfuhrverbotung von Banken. Um aber überhäufige Einschränkungen zu verhindern, sollen diese von der Zustimmung eines Reichsausschusses von zehn Mitgliedern abhängen sein, was noch den in den letzten Monaten gemachten Erfahrungen eine unabhängige Vorbereitung ist. Derartige Maßnahmen müssen vorläufig vorbereitet und bis zum letzten Augenblicke geheim gehalten werden.

Abg. Dr. Meyer: Wir werden das Gesetz annehmen, müssen aber trotzdem unsere Bedenken zum Ausdruck bringen.

Abg. Dr. Braun-Groben (Soz.): Wir warnen für das Gesetz, weil der Kapitalflucht endlich gesteuert werden muß. Der allgemeine Tiefstand der Moral hängt mit dem Krieg zusammen, was nicht mit der Revolution. Schon im April 1918 ist die Kapitalflucht außerordentlich behandelt worden.

Finanzminister Erzberger? Es handelt sich um ein schwer einschneidendes, aber auch um ein notwendiges Gesetz.

Wenn die Kapitalflucht, die in den letzten Monaten nie erwartete Formen angenommen hat,

macht schicksalhafte Gegenmaßnahmen erforderlich. Das Finanzministerium ist an der Veröffentlichung gewisser Nachrichten unglücklich, es handelt sich um eine Indiskretion. Ich kann es nicht als richtig anerkennen, daß dadurch allein der Sturz der Werta erleichtert sein solle. Die Aufhebung der Werta hat Vertreter von Gemeinden und Stadtverwaltungen zu Millionenläufen im neutralen Ausland veranlaßt, ferner haben die deutschen Soldaten überall Geldnoten hinterlassen, und in der letzten Zeit wurde gerade von polnischer Seite eine große Masse Papiergeld auf den Markt geworfen. In diese Maßnahmen sollen gerade die deutschen Werte hineinfallen. Alle gegen den Umbau vorgeschlagenen Beschlüsse können uns nicht davon abhalten, mit den stärksten Mitteln vorzugehen. Eine Schädigung des Wirtschaftslaufes wird nicht eintreten, wohl aber eine Sicherung des barproduzierten Zahlungsmittels. Der für den Jura eigens konstruierte Stempel kann nach Meinung von Sachverständigen nachgemacht werden, wenigstens nicht innerhalb zweier Monate, die als Abstemplungsfrist zunächst in Betracht kommen. Die Abstemplungsfrist wird sich vermutlich über Jahre hinaus erstrecken. Bei dem Finanzministerium ist das Material im In- und Auslande zu erfassen. Ueber die mit dem Auslande zu treffenden Vereinbarungen möchte ich keine Mitteilungen machen. Unser Ziel ist ferner, das verdrängte Kapital zur Steuer zu zwingen, ohne Schädigung des Wirtschaftslaufes. Darum bitte ich um Annahme der Vorlage.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen und erhält auf Antrag Hampe (D. Nat.) die Ueberschrift „Gesetz gegen die Kapitalflucht“.

Nachdem die Beschlüsse über eine außerordentliche Kriegsabgabe und über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs in dritter Lesung angenommen worden waren, folgt die zweite Beratung des Grundrechts-Feuergesetzes. Hier soll auf Antrag der Reichsparteien Solmann (Soz.)-Vorlage (Soz.)-Fall (Dem.) ein § 7a eingefügt werden, wonach die Steuer nur zur Hälfte erhoben wird, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000 Mk. bei unbebauten 5000 Mk. nicht übersteigt.

Das Hundsteuererzeugnis wird in dritter Lesung angenommen, nachdem Abg. Dr. Wamm (Nat.) erklärt hat, daß seine Partei wegen der Monopolisierung gegen das Gesetz stimmen müsse.

Der Gesetzentwurf über die Spielartensteuer wird in der Fassung der zweiten Lesung endgültig angenommen.

In dem Verzeichnis von Petitionen, die vom Ausschuss für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet werden, richtet Abg. Thiele (Soz.) als Vorsitzender der Petitionskommission die Bitte an die Presse und die gesamte Öffentlichkeit, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Nationalversammlung nicht mit ungeeigneten Petitionen überschwemmt werde, weil damit der Kommission ein ungeheures Maß von Arbeit zugemutet werde.

Nächste Sitzung: Montag, 10 Uhr.
Schluß 6¼ Uhr.

Gewerkschaftliches.

Zum Hamburger Bankbeamtenstreik.

Wir erhalten folgende Mitteilungen: Die Zentralleitung der Hamburger Girobanken teilt uns mit, daß die Lage unverändert ist. Die von den Banken angekündigte Aufrechterhaltung des Betriebes ist nur in dem allerbestmöglichen Maße durchführbar. Die Zahl der Arbeitswilligen ist nach wie vor minimal. Durch die Solidaritätsmaßnahmen der Depositenbanken, Vorsteher der Dreidiner Bank, Commerz- und Disconto-Bank und der Deutschen Bank ist eine bedeutende Verbesserung der an und für sich günstigen Lage der Streikenden eingetreten. Es laufen nicht nur aus allen Städten und von den verschiedensten Berufsorganisationen Sympathieerklärungen ein, sondern auch eine große Zahl der in den Hamburger Kleinbanken tätigen Angehörten haben der Streikleitung erklärt, daß sie bei einer Verschärfung des Konfliktes sofort in den Sympathiestreik eintreten würden.

Die Verhandlungen, die gestern vormittag im Reichsarbeitsministerium begonnen, gestalteten sich von Anfang an sehr schwierig. Dr. Raatz, der vom Arbeitgeberverband für den Großhandel entsandt war, führte aus, daß die Bankleitungen beim besten Willen die Forderungen der Beamten nicht im vollen Umfang erfüllen könnten. Sie erklärten sich jedoch bereit, den Hamburger Beamten, dort, wo sie in gleicher Stellung klotzieren gestellt seien wie die Berliner Kollegen, Zugeständnisse zu bewilligen, um so einen Ausgleich zu schaffen. Gegen diese Ausführungen wandte sich Hermann, als Vertreter der Hamburger Bankbeamten, in scharfer Weise. Wenn die Hamburger Bankleitungen grundsätzlich mit einer Besserung einverstanden seien, so sollten sie den Hamburger Schiedsrichter anerkennen, der doch einstimmig gefaßt worden sei. Raatz führte aus, daß die Verhandlungen es auf einen Nachkriegsentscheidungen ankommen lassen wollten. Die Bankamtsnachricht habe lange genug auf eine Besserstellung gewartet. Wenn man jetzt dafür garantieren solle, daß bis zum 31. Dezember Ruhe im Bankgewerbe eintrete, dann müßten die Forderungen der Kollegen im vollen Umfang erfüllt werden. seiner Ansicht nach seien die Banken für wohl in der Lage, die berechtigten Gehaltsforderungen anzuerkennen und auszugleichen.

Da eine Einigung nicht zu erzielen war, machte der Vorsitzende Dr. Busse einen Vermittlungsvorschlag. Danach sollten die Hamburger Banken folgende Beiträge zahlen: Für Verbehaltensteuern mit Kindern 1000 Mk., für Verbehaltensteuern ohne Kinder 800 Mk., für Redige 600 Mk. und für Jugendliche 500 Mk. Die Zahlung sollte so erfolgen, daß im Augenblick 750, 600, 450 und 375 Mk. ausbezahlt würden, während der Rest von den Angestellten am 15. November abgehoben werden sollte. Dieser Vermittlungsvorschlag wurde von den Vertretern der Streikleitung angenommen, während die Bankenvertreter ihn ablehnten. Letztere erklärten, daß für sie lediglich ihr Angebot vom 15. August die Lösung sei. Der Verhandlungsleiter machte darauf den Vorschlag, daß die Zahlung der Beiträge einstellweise geschehen solle und daß die Banken, falls die Bilanz ein ungünstiges Ergebnis zeigen sollte, die am 15. November zu zahlende Restsumme den Angestellten vom fälligen Gehalt abziehen könnten. Es kam infolge des Vermittlungsvorschlages zu heftigen und ausgedehnten Debatten, da die Vertreter der Arbeitnehmer ausdrückten, daß die einzelnen Banken eine Mehrbelastung von 80 000 Mk. erleiden würden, eine Summe, die für große Finanzinstitute nicht so sehr ins Gewicht fiele. Da auch hierüber keine Einigung zu erzielen war, machte der Verhandlungsleiter beiden Parteien den Vorschlag, am kommenden Dienstag die Streitfrage einem im Reichsarbeitsministerium zusammenzutretenden Schiedsausschuß zu unterbreiten, der dann ein endgültiges Urteil fällen wird. — Die Forderungen der Berliner Bankbeamten wurden gestern nicht verhandelt.

Deute vormittag 10¼ Uhr findet in den Germania-Bräuhallen in der Chausseestraße eine große öffentliche Bankbeamten-Versammlung statt, in welcher der Vorsitzende der Hamburger Streikleitung, Hermann, über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium und die Interessen der Hamburger und Berliner Bankbeamten sprach.

Bewegung unter den Angehörigen der Kriegsgesellschaften

Die Angestellten der Kriegsgesellschaften treten jetzt in eine neue Bewegung ein. Bekanntlich ist am 15. d. M. in den meisten noch bestehenden Gesellschaften einem sehr großen Teil der Angestellten in einigen Betrieben bis zu 50 Proz. gekündigt worden. Gegen diese Maßnahme erheben die Besagten jetzt Protest. Die Angestellten der Kriegsgesellschaften, unter denen eine nicht unbedeutende Zahl von Kriegsbekämpften besteht, verlangen nun, daß ihnen für ihre Tätigkeit eine Arbeitslosenbeihilfe für die Übergangszeit nach der Entlassung als Beihilfe für die geleistete Arbeit gezahlt werde.

Lohnbewegung der Staatsarbeiter.

Die im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Arbeiter, Arbeiterinnen und Lohnangestellten der Reichs- und Staatsbehörden Groß-Berlins nahmen in einer fast besessenen Versammlung in den Andreas-Gebäuden zu neuen Forderungen Stellung. Scharlau führte aus: Die im März dieses Jahres im Reichsarbeitsamt festgelegten Richtlinien mit den Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden Groß-Berlins haben kein so vielversprechendes Ergebnis gezeitigt. Der direkte und indirekte Lohnstand der untergeordneten Verwaltungen hat es fertig gebracht, daß heute noch einzelne Berufsgruppen nicht nach den festgelegten Grundsätzen entlohnt werden. Die Gegenüberstellung des Lohnempfängers mit dem Dienstverdienst des Unterbeamten, der die gleiche Tätigkeit verrichtet, hat es mit sich gebracht, daß durch außer einseitige, solche beschleunigen ein großer Teil der Lohnempfänger die festgesetzten Höchsthöhne nicht erreichte. Die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage vom 1. Januar ab ist bis zur Stunde noch nicht in einer ganzen Reihe von Bezirken erfolgt, so daß die Arbeiterausschüsse in 20 Verwaltungen dem Kommando Vollmacht erteilten, um Klage beim Schlichtungsausschuß zu führen. Die in einigen Verwaltungen bereits bestehende Nachzahlung in Krankheitsfällen den Lohn weiter zu zahlen, trotz aller Zusicherungen wieder gestrichen, so daß diese Gruppen verächtlich wurden, z. B. das Personal des Reichslages und den reaktionären Herrn von Jungheim. Einmütig wurde von allen Arbeiterausschüssen gestimmt, den Antrag zugestimmt, die bestehenden Richtlinien aufzuklären und einen neuen vollständigen Tarifvertrag abzuschließen.

Die Vorstände der Tariffkommission wurden noch den Verhandlungen Scharlau mit übergroßer Majorität angenommen. Es forderte wurden: strikte Durchführung aller sozialen Einrichtungen, wie sie bereits für Lohnempfänger der Stadt Berlin bestehen.

Die Tariffkommission erhielt den Auftrag, die Verhandlungen abzubrechen, wenn man nicht hierin Entgegenkommen zeigte. Lohnabelle soll künftig nur noch in zwei Lohnklassen bestehen: Gelehrte und Angelehnte.

Die Organisationsleitung wurde einstimmig beauftragt, die Verhandlungen einzuleiten.

Die Lohnbewegung der Herrmannshändler.

Eine stark besuchte allgemeine Versammlung der im Verband der Schneider organisierten Beschäftigten der Herrenhändler- und Uniformhändlerbranche nahm am Freitagabend in den Germania-Hallen Stellung zum gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung. Schumacher schloß mit seinem umfangreichen Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband den Bandel in der Kaffung der Lohnempfänger gegenüber den von den Arbeitnehmern geforderten Lohnsteigerungen und Zeitlöhnen. Während im Dezember vorigen Jahres unter dem Eindruck der Novemberrevolution die Arbeitgeber bereit waren, zum 1. Januar 1919 bestimmte Werkstätten einzurichten, lehnten sie das jetzt ab. Hinweis auf die Wohnungsnot ab. Ebenso lehnten die Zentralorgane der Arbeitgeber die Forderung der Arbeitnehmer nach einer einstimmig abgelehnten sei. Neben diesen beiden Hauptforderungen verlangten die Arbeitnehmer Ferien, Aufschläge für Überstunden und vor allem das Mitbestimmungsrecht durch die Betriebsräte. Gerade angesichts des Mangels an kleinen Wohnungen wird die Heimarbeit befristet werden. Um das möglichst schnell zu erreichen, wird gleichzeitig für die noch am 1. Januar 1919 verbleibenden Heimarbeiter ein Ertragszuschlag zu ihrem Gehalt von 20 Prozent gefordert. — Sowohl bei den zentralen Verhandlungen in Jena, wie auch bei den örtlichen für Berlin bestehenden die Arbeitgeber ablehnend verhalten. Schärfster Protest gegen die Rundfrage des Arbeitgeberverbandes durch die Betriebsräte unter den Heimarbeitern erhoben. Bei einem einseitigen Zeitlohn würde jeder Heimarbeiter gern in die Betriebsräte eintreten. Die einzelnen Punkte der neuen Tarifvorläufe werden nochmals durchgearbeitet und dann mit Nachdruck und mit den stärksten Mitteln vertreten werden.

In der Diskussion wurden die Ferien mit rückwirkender Kraft bereits für dieses Jahr gefordert, hingegen der Ertragszuschlag für die verbleibenden Heimarbeiter als eine Bedingung für die Forderung an die Arbeitgeber, seine Unorganisierten zu befristigen. Einstimmig wurde eine Resolution im Sinne des Referats angenommen.

Zur Lohnsteigerung der Handelsarbeiter.

Zur Richtfeststellung über die gestellten Löhne wird angekündigt: Der Branchenleiter unterbreitete der Versammlung folgende Forderung: über 20 Jahre alte Arbeiter 100 Mk. und über einen halben Jahre 115 Mk. Die Versammlung ging über diese Höhe hinaus und beschloß nach halbjähriger Tätigkeit 120 Mk. zu fordern.

Achtung! Gipsbaubranche!

Besprechend auf die Annonce der Stukkateure vom 12. d. M., erklären wir folgendes: Da es nach außen hin Anschein erweckt, als ob die Stukkateure durch die Mobilisierung Spannes gezwungen waren, die achtstündige Arbeitszeit im Anfang des Sommers eine große Arbeitslosigkeit in der Gipsbaubranche vorhanden war, und auch die Stukkateure im Hinblick an Studiarbeit mehr Doppelarbeiten ausführen, schlossen unsere Kollegen, ebenfalls nur 7 Stunden zu arbeiten, dieses wurde bei fast allen Stukktimmen ausgeführt. Als nach vier Wochen alle Kollegen in Arbeit waren, und somit die Arbeitskräfte vom Radweg mehr vermittelt werden konnten, waren unsere Kollegen der Ansicht, daß jetzt kein Grund mehr vorlag, verkürzt zu arbeiten, und sie beschloßen nunmehr die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Wir weisen somit alle Verwicklungen zurück. Die Stukkateure, J. A. N. Schubert.

Zur Arbeitsleistung der Hartungischen Arbeiter.

In verschiedenen bürgerlichen Blättern werden Berichte über die Generalversammlung der Hartung A.-G. in Lichtenberg, Sonntag, den 12. d. M., veröffentlicht, worin über ungeheure Verluste der Hartungischen Arbeiter berichtet wird. Demgegenüber heißt es in der Arbeiterzeitung folgendes: Es ist nicht wahr, daß die Arbeitsleistung geringer ist als in Friedenszeiten. Tatsache ist, daß die Arbeiter jetzt eine höhere Leistung bringen, wie in Friedenszeiten üblich gewesen ist. Die Verluste der Hartungischen Arbeiter sind die Verluste der Hartungischen Arbeiter, die Verluste der Hartungischen Arbeiter, die Verluste der Hartungischen Arbeiter.

Groß-Berlin.

Arbeiter-Sportfest im Stadion.

Die dem Arbeiterverband Groß-Berlin angehörenden Arbeiter-Sport-Vereine feiern am kommenden Sonntag zum 3. Male ihr gemeinsames Sportfest. Zum ersten Male an der Stelle, die für die Allgemeinheit erstand, bisher aber nur den bürgerlichen Sportvereinen zur Verfügung des Kurzpatriotismus zur Verfügung gestellt war: im Deutschen Stadion. Jetzt endlich ist es den Arbeiter-Sportlern möglich, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß in ihren Reihen der Sport als Körperkultur und -pflege getrieben wird. Nachdem vor kurzem die Arbeiter-Turner an gleicher Stelle eine Probe ihre Könnens abgelegt haben, werden sie diesmal in noch größerer Zahl mit verstärkten Leistungen kommen, wie der Turnsport in Arbeiterkreisen gepflegt wird, ohne durch Verleihen von Medaillen und sonstigen Freiheiten Ansporn zu bedürfen. Kinder, Frauen und Männer werden in Massenübungen die harmonische Körperentwicklung zeigen. Das weitere Programm der Turner ist für großartig ausgebaut. In den verschiedenen Räumen liegen viele Meldungen vor, wie auch die Konkurrenz im Springen und anderen Übungen eine große ist. Verschiedene Vereine der Märkischen Spielvereinigung werden spannende Fußballkämpfe ausfechten. Der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ ist durch mehrere Reigen und Fußballmannschaften vertreten. Mehrere Kunst- und Sportvereine, darunter ein Aer-Reigen, sowie interessante Fußballspiele gelangen zur Ausführung.

Die Schwimmer werden in größerer Anzahl den Freunden des Wassersports ihre Darbietungen bringen und, wie auch die Arbeiter-Nichtswimmer auf allen Gebieten der Schwimmsportarten, beweisen, daß der Sport um seiner selbst willen ausgeübt wird, allein des Arbeiters würdig ist, und nicht im Kampf um Ehrentrophäen. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ wird Volkstänze mit eigener Musik zur Aufführung bringen. Den Schachspielern wird vom Arbeiter-Schach-Bund durch Massen- und Städtewettkämpfe die Pflege des Geistesportes gelehrt werden. Außerdem beteiligen sich der Verband Volksgesundheit an dem Fest und die Arbeiter-Samariter stellen ihre Kraft zur Verfügung für alle wtl. vorkommenden Fälle.

Alles in allem: es wird ein wahres Volksfest werden, da der gesamte Arbeitersport sein Bestes zum Besten des Festes geben wird. Das ausführliche Programm ist in der Nummer des „Arbeiter-Sport“, dem Organ des Arbeiterverbandes für Sport- und Körperpflege, enthalten. Biletts 50 Pf., an der Kasse 75 Pf. Fahrgelegenheiten sind auf der Rückseite der Biletts verzeichnet.

Die Sehnsucht nach der Schrippe.

Der Hunger hat sich das Schrippebrot wieder zueigen gemacht und es wird die Schwierigkeiten verbunden sein. Der Bäcker kann nur dann Schrippen herstellen, wenn er Mehl von seinem Kunden erhält. Für ein Pfund Mehl muß ein gewisses Gewicht Schrippen geliefert werden. Als Belohnung für das Pfund Mehl sind 16 Pfennige festgesetzt. Damit sind die Bäcker nicht zufrieden, sie verlangen 50 Pfennig Mindestlohn, da die Anstehen sonst nicht gedeckt würden. Im übrigen betreiben die Bäcker dem Magistrat das Recht, ihnen die Preise für den Mehl zu bestimmen. Sie wollen schalten, wie sie wollen. Mit dieser Vorkaufsanordnung wird es noch länger dauern, ehe wir Mehl zu bekommen wägen. Unserer Meinung nach müßten alle Bäckereien geschlossen werden, um zunächst die Brotbäckerei dem Staat zu übergeben und dieselbe durch die öffentliche Hand betreiben zu lassen in Verbindung mit der Konsumgenossenschaft. Wenn man will, kann den Privatbäckern die Schrippen- und Brotbäckerei überlassen werden. Die Stadt muß ein Ordnungsgesetz erlassen, nach dem die Herstellung und der Vertrieb von Schrippen der privaten Hand entzogen wird und nur von der Stadt bezeugen Stellen besorgt wird. Das wird um so leichter sein, solange die Mehlversorgung in öffentlicher Hand ist.

Dr. Friedmanns Verdienste.

Zu den unter dieser Überschrift im Donnerstag-Abendblatt veröffentlichten Mitteilungen wird uns von einem Genossen, der mit dem Dr. Friedmann in Tubingen in Verbindung steht, folgende Mitteilung nachfolgend mitgeteilt: Friedmann ist ein gewöhnlicher Mensch, der sich nicht durch besondere Verdienste auszeichnet. Er ist ein gewöhnlicher Mensch, der sich nicht durch besondere Verdienste auszeichnet.

So ist gewöhnlich nicht zu billigen, wenn wir einem Arzt, dessen Unschicklichkeit und Unfähigkeit nicht erwiesen ist, die Ehre anerkennen, daß er ein gewöhnlicher Mensch ist. Er ist ein gewöhnlicher Mensch, der sich nicht durch besondere Verdienste auszeichnet. Er ist ein gewöhnlicher Mensch, der sich nicht durch besondere Verdienste auszeichnet.

Wie jede andere Krankheit, ist auch die Tuberkulose in hohem Maße abhängig von den Ernährungs- und Lebensbedingungen. So hat uns der Krieg mit der allgemeinen Verschlechterung aller Lebens- und Wohnungsbedingungen eine beängstigende Zunahme der Tuberkulose-Erkrankungen gebracht. In Deutschland sind im Jahre 1918 über 300.000 Menschen jährlich an Tuberkulose erkrankt. Diese Zahl ist ein Beweis für die katastrophale Lage der Bevölkerung. Die Tuberkulose ist eine ansteckende Krankheit, die durch die Luft übertragen wird. Sie ist eine Krankheit, die durch die Luft übertragen wird. Sie ist eine Krankheit, die durch die Luft übertragen wird.

Achtung! Arbeiterratswahlen!

In folgenden Orten werden noch Wahlstellen errichtet:

Table with 3 columns: Wähler-Bezirke, Ort, Name und Straße. Includes entries for Berlin, Prenzlauer Berg, and other districts.

Die Speisungsgeellschaft.

Die Verwaltung öffentlicher Speisungshäuser ist außerordentlich zurückgegangen. Das zeigt sich bei der hiesigen Volksspeisung wie auch in den hiesigen Mittelschulen und in den hiesigen Arbeiter-Speisungsstellen. Die Verwaltung öffentlicher Speisungshäuser ist außerordentlich zurückgegangen. Das zeigt sich bei der hiesigen Volksspeisung wie auch in den hiesigen Mittelschulen und in den hiesigen Arbeiter-Speisungsstellen.

Der Polizeifeld.

Die Verhandlung des jungen Arbeiters Radtsch auf der 88. Polizeiwache in der Pappstraße, über die wir berichteten, stellt sich nach neueren Mitteilungen als ein recht roher und brutaler Akt dar. Der zwanzigjährige Radtsch ist ein harmloser, leinewerksamer Arbeiter, der sich durch seine Fleißarbeit auszeichnet. Die Verhandlung des jungen Arbeiters Radtsch auf der 88. Polizeiwache in der Pappstraße, über die wir berichteten, stellt sich nach neueren Mitteilungen als ein recht roher und brutaler Akt dar.

Der Wagenmangel im Eisenbahnbetrieb.

Uns wird geschrieben: Der Wagenmangel im Eisenbahnbetrieb ist ein ernstes Problem. Die Eisenbahnen sind überfordert und können den steigenden Anforderungen nicht nachkommen. Die Eisenbahnen sind überfordert und können den steigenden Anforderungen nicht nachkommen. Die Eisenbahnen sind überfordert und können den steigenden Anforderungen nicht nachkommen.

Das Landespolizeiamt und das Bierinschänken.

Am Mittwoch wird mitgeteilt: Die Anzeigen über mangelhaftes Bier sind in den letzten Wochen stark zugenommen. Die Anzeigen über mangelhaftes Bier sind in den letzten Wochen stark zugenommen. Die Anzeigen über mangelhaftes Bier sind in den letzten Wochen stark zugenommen.

Freie Hochschulgemeinde für Proletariat.

In der Woche von 18.-28. August beginnen folgende Kurse: Deutsch für Arbeiter, Englisch für Arbeiter, Spanisch für Arbeiter. In der Woche von 18.-28. August beginnen folgende Kurse: Deutsch für Arbeiter, Englisch für Arbeiter, Spanisch für Arbeiter.

Mit der Kohlennot beschäftigt sich ein Antrag, den die unabhängige sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion im Rathaus eingebracht hat. Der Antrag betrifft die Verteilung von Kohlen auf die Bevölkerung. Der Antrag betrifft die Verteilung von Kohlen auf die Bevölkerung. Der Antrag betrifft die Verteilung von Kohlen auf die Bevölkerung.

Person sich mit Mühe hindurchzwängen kann, in den gemauerten Treffer zu klopfen. In ihrer Erwartung, daß sich ihre schwere Arbeit reichlich lohnen würde, haben sie sich auch nicht getraut, die sie in der Nacht vom letzten Sonntag zum Montag den Durchbruch vollendeten, fanden sie ungefähr 100.000 Mark in bar, für mehrere hunderttausend Mark Wertpapiere, und einen größeren Teil in Wertpapieren, hauptsächlich Reichsbanknoten, die der Bank zur Aufbewahrung übergeben worden war. Nachdem die Kriminalpolizei die Täter festgestellt hatte, gelang es ihr auch bereits am 14. d. M., den Fährtenführer Wendi festzunehmen. Bei dem erkrankenden Beweismaterial legte er auch bald ein Geständnis ab. Der größte Teil der auf ihn entfallenden Beute an barem Geld konnte gefunden werden. Das ganze Tafelgeschick und der größte Teil der geschätzten Schmuckgegenstände wurden in dem Keller der Wohnung seines in Wilmersdorf wohnhaften Bruders aufgefunden und konnte der beschuldigten Bank zurückgegeben werden. Wendi hatte es dort im Keller vergraben. Während die Kriminalpolizei noch auf der Suche nach seinem festgesetzten Spielfreunde war, gelang es Wendi, auf bisher unzufällige Weise aus dem Polizeigefängnis zu entkommen.

Kriegsbeschädigte. Von den zuständigen Reichsbehörden wird gegenwärtig darüber beraten, wie die Frage der Befreiung von mittleren und unteren Beamtenstellen bei Staats- und Kommunalbehörden zwischen Militärrentnern und Kriegsbeschädigten zu regeln ist. Um einen Überblick darüber zu gewinnen, wie viel Kriegsbeschädigte (50 Prozent und darüber) unserer Bundesanstalten besetzen, bitten wir alle, die sich für befähigt halten, derartige Stellen auszufüllen, ihre Adresse an den Internationalen Bund, Berlin, Brüderstr. 6a, einzuschicken. Die Anträge sind mit dem Vermerk „Beamtenstellen“ zu versehen. Die Anträge sollen enthalten: Name, früheren Beruf, jetzigen Beruf, Alter, ob verheiratet und Angabe, wieviel Prozent erwerbsunfähig. Die Mitglieder des Bundes werden gebeten, das Material nur bezüglich nicht persönlich — zu übermitteln.

Wegen Verletzung falscher Fälschungsscheine sind mehrere Personen verhaftet worden. Die neue Fälschung befindet sich in Berlin, Prenzlauer Promenade 188, bei der Damenwäschlerin Demold. Verhaftet wurden Georg Gahn, Kurt Winder sowie die Buchdrucker Willy Hell und Christian Weh.

Die nächsten Volksspeisungen des Militärrentnersverbandes finden am Montag, den 18., Mittwoch, den 20., und Freitag, den 22. August 1919 in der Pappstraße, Prenzlauer Promenade 188, statt. Angeordnet von E. W.

Lebensmittellisten.

Bestenfalls „Leib“ ist für die kommende Woche gültig. Berlin. In der Woche von Montag, den 18. August, bis Sonntag, den 24. August 1919, sind neben der hiesigen Lebensmittellisten 200 Gramm Butter und 100 Gramm Brot für ein wöchentliches Familienmitglied von 120 Gramm pro Kopf der Bevölkerung auf beide Geschlechter 0,13 der Einheitsportionen unter gleichzeitiger Verteilung der Speisemittel in den Speisestellen zugewiesenen Rationen festgesetzt. — Artgenossenschaft von 4 Pfund je Monat (Arbeiterrentner) erhalten eine Rationsspeisung. 18. August bis 22. August: Brot für die hiesigen Familien. 18. August bis 22. August: Brot für die hiesigen Familien. 18. August bis 22. August: Brot für die hiesigen Familien.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Die amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Aus den Organisationen.

Der Kreis. Am 13. d. M. nahmen die Genossen des ersten...

Der Kreis. Die Sitzung der Kreisleitung am Montag, den 15....

Der Kreis. Die Sitzung der Kreisleitung am Montag, den 15....

Der Kreis. Die Sitzung der Kreisleitung am Montag, den 15....

Der amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)... Ausgabestellen siehe Anzeiger.

Kreisversteher.

Kreisversteher. Der amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)...

Kreisversteher. Der amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)...

Kreisversteher. Der amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)...

Kreisversteher. Der amerikanische Speck, Abschnitt 294 E. J. G. K. S. (2.75 Stk.)...

Kleine Anzeigen

Restaurant, Götterstraße 26, Particulat, Zehn... Möbel, Kisten, Ankleidstühle...

Möbel-Rath

Einrichtungen, Schlafzimmer, Küche, Ankleidstühle... Möbel, Kisten, Ankleidstühle...

Gebrauchte Fahrräder

Fahrräder, mit Gummirollen, mit 100 Mk. an... Kupferdrähte, Kabel, Litzen...

Kauf Hochmaszete

Kauf Hochmaszete, Kupferdrähte, Kabel, Litzen... Kupfer, Messing, Eisen...

Platin-, Gold- und Silber

Platin-, Gold- und Silber, Kupfer, Messing, Eisen... Kupfer, Messing, Eisen...

Spiralbohrer, Schmirgel

Spiralbohrer, Schmirgel, Kupfer, Messing, Eisen... Kupfer, Messing, Eisen...

Verschiedenes

Verschiedenes, Kupfer, Messing, Eisen... Kupfer, Messing, Eisen...

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt, Kupfer, Messing, Eisen... Kupfer, Messing, Eisen...